

WIRTSCHAFTSforum

Stimme des Mittelstandes in Baden-Württemberg

Der Mittelstand wird ausradiert



Schwerpunkt – Seite 4
Stirbt der Mittelstand?



MIT Bezirk WüHo – Seite 24
Bezirkmittelstandstag in Sigmaringen



MIT Land – Seite 30
MIT-Landesvorstand bei der Unity-Expo



MIT Bund – Seite 34
Bilanz der MIT zum CDU Parteitag

Inhalt



10

Wohnungsbaukrise verschärft Wohnraummangel - Unternehmen und Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft gefährdet Bauverband fordert mehr Förderung und bessere Rahmenbedingungen für das Bauen

3 Vorwort

Schwerpunkt

- 4 Stirbt der Mittelstand?
- 6 Digitalisierung im Mittelstand – Sorgenkind und Chance
- 10 Wohnungsbaukrise verschärft Wohnraummangel - Unternehmen und Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft gefährdet
- 14 Die Politik hat den Mittelstand auf dem Gewissen

Aus den Kreisen & Bezirken

- 16 Aktuelles aus Baden-Württemberg



21

Mannheimer Maimarkt

MIT Land

- 29 „Ich bin neu in der MIT, weil ...“
- 30 MIT-Landesvorstand bei der Unity-Expo 2024 in Stuttgart

MIT Bund

- 34 Bilanz der MIT zum 36. Parteitag der CDU Deutschlands

Wirtschaft

- 37 Mahnung an die Politik
- 39 Arbeitgeberfalle Probezeitkündigung
- 41 Zeitbombe oder Zugpferd?

MIT Land

„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

„... der Mittelstand in Baden-Württemberg in der Gesellschaft eine tragende Säule ist und auch bleiben soll.“



Tamara Epple
Bankkauffrau - Finanzassistentin und Diplom Finanzwirtin
MIT Ostalb

„... der Mittelstand eine Entscheidende Rolle in der Wirtschaft spielt und der Zusammenhalt innerhalb des Mittelstands wichtiger ist als je zuvor, um gemeinsame Ziele zu erreichen und sich gegenseitig zu unterstützen.“



Susanne Stefanie Gminder
Kauffrau für Bürokommunikation / Gründerin und Inhaberin
MIT Göppingen

29 Tamara Epple (42) lebt mit ihrer Familie in Ostalbkreis. Sie ist Geschäftsführerin eines mittelständischen Betriebs. Durch den erfolgreichen Anschluss zur Banknahebank folgte das

2014 wagte Susanne Stefanie Gminder (44) den Schritt in die Selbstständigkeit. Ihr Schwerpunkt liegt im Bereich der Lohnabfertigung, wosie mit Leidenschaft und Fachwissen überzeugt. Als Unternehmerin hat sie sich mit ihrem Team stets weiterentwickelt und den Maschinenpark erweitert. So konnte

einen Bundestagsabgeordneten der CDU begleiten, was ihr Interesse an Politik geweckt hat, und nun ist sie Kandidatin für den Kreistag im Landkreis Göppingen. In ihrer Freizeit ist sie am liebsten mit ihrem Fahrrad und ihren Freunden unterwegs und hat Spaß daran, fremde Kulturen kennen

Ich bin neu in der MIT ...

- 43 Gegenwind Neckar-Alb übergibt mehr als 438.921 Einwendungen an den Regionalverband Neckar-Alb
- 45 Inserentenverzeichnis / Marktplatz
- 46 MIT vor Ort / Impressum
- 47 Mitglied werden

Liebe Leserin, lieber Leser,

in Deutschland hat sich mehrheitlich die irrierte Auffassung festgesetzt, dass man Unternehmen erst mit hohen Steuern das Geld wegnehmen muss, um dann notwendige Investitionen zum Beispiel in die Klimaneutralität zu subventionieren. Gleiches falsches Denkmuster bei der Einkommenssteuer: Mit hohen Spitzensteuern soll das Geld für subventionierten Wohnraum „gezogen“ werden. Aber diese Rechnung geht nicht auf. Warum? Weil die Transformation in die Klimaneutralität so viel Geld kosten wird, dass sie sich nicht durch staatliche Subventionen, sondern nur aus Gewinnen und Erträgen stemmen lässt. Analogie bei den privaten Steuern: Für die meisten Bürger werden auch die subventionierten Wohnungen unerschwinglich bleiben. Sie brauchen mehr Netto vom Brutto, um Eigentum zu erwerben. Hohe Steuern von vielen zu erheben, um sie dann an wenige umzuverteilen, ist auch eine Form von Sozialismus.

Der Politikansatz muss sein: Unternehmenssteuern auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau senken, damit die Unternehmen die benötigten Erträge erwirtschaften und die geforderten Maßnahmen selbst finanzieren können.

Die wirtschaftlichen Träume des Kanzlers und seines Bundeswirtschaftsministers stehen im krassen Gegensatz zur Realität in den Unternehmen. Die deutsche Wirtschaft ist fragil. Angesichts dieser Lage in Deutschland wäre eine konstruktive Diskussion über den wirtschaftspolitischen Kurs notwendig. Was aber macht Scholz? Seine Botschaft an die führenden Vertreter der Industrie lautet: „Ihr redet den Standort schlecht. Reißt euch mal am Riemen“.

Trotz minimaler Verbesserungen ist für dieses Jahr nur eine Verlängerung der Stagnation zu erwarten. Viele Branchen verlieren spürbar an Wettbewerbsfähigkeit. Dass deutsche Unternehmen seit einiger Zeit verstärkt im Ausland investieren, ist ein Problem, aber nicht einmal das größte. Das größere Problem ist der seit 2020 rückläufige Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen. Dies ist ein besonders besorgniserregendes Signal für den Standort. Deutschland wird zunehmend uninteressant.

Seitdem das Bundesverfassungsgerichts den (Holz-)Weg zurecht über Schattenhaushalte zerstört hat, hat die Bundesregierung keinen Plan mehr. Die drei



*Tobias Vogt Mdl, stv. Landesvorsitzender
der MIT Baden-Württemberg*

Regierungsparteien sind völlig kontrovers in der Frage, wie die Transformation gestaltet werden soll. Die SPD erhofft sich ein neues Wirtschaftswunder. Die Grünen setzen auf ihren Umbauplan (öko-soziale Marktwirtschaft), der mit engen Vorgaben für das Leben der Menschen verbunden ist. Die FDP schließlich setzt in der Klimapolitik auf den Emissionshandel. Alle drei Regierungsparteien kleben an ihren traditionellen Ideologien. Oft wird nicht einmal mehr ein kleinster gemeinsamer Nenner gefunden.

Deutschland braucht einen neuen „Mindset“: Steuerentlastungen ermöglichen Investitionen. Das gilt für die Privathaushalte wie für Unternehmen. Deshalb will die CDU die Wettbewerbsfähigkeit stärken und raus aus der Subventionspolitik.

Claus Cersovsky,
Geschäftsführender
Gesellschafter der
Rübezahl-Riegelein-
Gruppe



Stirbt der Mittelstand?

Der Mittelstand wird oft als Rückgrat der deutschen Wirtschaft bezeichnet. Doch in den letzten Jahren macht es die Politik den mittelständischen Unternehmen immer schwerer und bürdet den Unternehmen immer neue Lasten auf.

Unser Schokoladenunternehmen gibt es seit 1949. Aus einem kleinen Hinterhofbetrieb, den mein Großvater gründete, ist mittlerweile eine mittelständische Unternehmensgruppe mit rund 1.600 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von über 300 Mio. € geworden. Wir produzieren in fünf Werken in Deutschland und einem Werk in Polen rund 48.000 t. Schokoladenprodukte und Zuckerwaren unter unseren Marken Riegelein, Sun Rice, Gubor, Friedel und Eichetti sowie zahlreiche Eigenmarken. Schokoladen-Weihnachtsmänner und -Osterhasen sind dabei unsere Hauptprodukte. Durch stetigen Ausbau, Zukäufe und kontinuierliche Investitionen, konnten wir in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur unser Sortiment, sondern auch unsere Bedeutung für unsere Handelskunden immer weiter ausbauen. Das geschah, wie es sich für ein schwäbisches Unternehmen gehört, solide und immer Schritt für Schritt. Als kleines Unternehmen, wie wir es früher einmal waren, hätten wir heute kaum noch eine Überlebenschance in unserer Branche. Eine Konzentration, deren Vorteile vor allen Dingen Synergieeffekte sind, findet aber nicht nur auf Herstellerseite, sondern auch

auf Handelsseite statt, denn wir haben es mit immer weniger, dafür aber immer größeren Handelskunden zu tun. In Deutschland sind es mittlerweile gerade mal vier große Handelsketten, die den Markt dominieren. Die Herausforderungen für den Mittelstand sind enorm und wachsen stetig: Brexit, Corona, Ukraine-Krieg, die Inflation, steigende Energie- und Lohnkosten und vor allen Dingen die inflationär ausufernde Bürokratie aus Brüssel. Allein in den letzten Jahren sind durch das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, das Hinweisgeberschutzgesetz, die EU-Entwaldungsverordnung, die EU-Verpackungsverordnung, den CO²-Footprint, um nur einige der neuen Gesetze und Verordnungen zu nennen, zahlreiche neue bürokratische Herausforderungen auf unser Unternehmen zugekommen. Und Brüssel lässt sich immer wieder neue Gesetze einfallen, ohne sich dabei anscheinend bewusst zu sein, welche enormen Auswirkungen das auf die Unternehmen und deren Prozesse hat. Die Süßwaren-großindustrie hat dazu die passenden Abteilungen mit vielen tausenden Beschäftigten. Für uns Mittelständler bedeuten die bürokratischen Herausforderungen aber einen enormen personellen und finanziellen Mehraufwand und das zu einer Zeit, wo kaum noch qualifiziertes Personal zu finden ist. Wir Mittelständler sind uns der Verantwortung bewusst, die wir für unsere Mitarbeitenden haben, die teils schon seit mehreren Familien-Generationen für uns arbeiten und die keine

bloße Nummer für uns sind. Wir bieten Verlässlichkeit, auch in Krisenzeiten.

Dabei hat die Schokoladensparte aber noch mit weitaus mehr Problemen zu kämpfen. Der Preis des für die Schokoladenherstellung zentralen Rohstoffs Kakao befindet sich aktuell auf noch nie dagewesenen Höhen. Kakao wird in kleinbäuerlichen Strukturen angebaut. Da andere Abnehmer wie die USA und Asien die bürokratischen Hürden, die die EU-Politik uns auferlegt hat, erst gar nicht besitzen, ist es nicht verwunderlich, dass die Anbauländer den Kakao lieber erst an die Länder liefern, bei denen es weniger bürokratische Anforderungen gibt. Für uns ist dies ein massiver wettbewerbsrechtlicher Nachteil, der auch die Produkte für den Konsumenten verteuert.

Manchmal muss man sich fragen, wie weit sich die Politik bereits von der Realität entfernt hat. Es werden Gesetze initiiert, die kaum oder nur mit ungeheuren Anstrengungen umsetzbar sind. Wir sind mit unserem Unternehmen in unserer Heimat seit Generationen fest verwurzelt. Der Arbeitskräftemangel in Deutschland veranlasste uns 2017 ein zusätzliches Werk in Polen zu bauen, wo es erheblich leichter ist, qualifiziertes Personal zu finden. Die Stärken des Mittelstands waren bislang immer seine kurzen Entscheidungswege, die Flexibilität, die Sicherheit und seine Kontinuität. Dem Mittelstand wird es in Deutschland leider immer schwerer gemacht, seine Stärken auszuspielen. In den nächsten Jahren werden dabei erwartungsgemäß zahlreiche Unternehmen auf der Strecke bleiben, die den Anforderungen nicht mehr gewachsen sind oder sich den







Kächele produziert eine Vielzahl von **Gummiformteilen** und **Gummi-Metal-Verbindungen** in fast jeder Formgebung und Ausführung.

Kächele Produkte finden Einsatz in vielen Bereichen von der Automobil- über die Baumaschinen- und Druckindustrie bis hin zur Pumpenindustrie.

Kächele bietet Ihnen alles aus einer Hand:

- Entwicklung der Teile
- Eigener Werkzeugbau
- Mischungsentwicklung und -herstellung
- Modernste Teileproduktion

Wilhelm Kächele GmbH
Elastomertechnik
Jahnstrasse 9, D - 73235 Weilheim/Teck
Tel. +49 (0)7023 103-0, Fax +49 (0)7023 103-188
www.w-kaechele.de, vibrastop@w-kaechele.de



steigenden Herausforderungen ganz einfach nicht mehr stellen wollen. Die Digitalisierung wird zunehmen.

Zwar wird der Mittelstand sicherlich nicht komplett sterben, aber die Vielfalt der Unternehmen wird geringer werden, die Konzentration wird weiter zunehmen, zu Lasten der kleineren Unternehmen. Mittelständler waren schon immer anpassungsfähig. Aber es besteht dringender Handlungsbedarf. Die Politik ist gefragt, Bürokratie schnellstmöglich wieder abzubauen und sich auf das Wesentliche zu beschränken, damit die Unternehmen sich wieder auf die wichtigen Dinge, ihre Kernaufgaben konzentrieren können. Ohne den Mittelstand würde es die deutsche Wirtschaft in der Zukunft äußerst schwer haben, denn der Mittelstand ist der entscheidende Faktor für Wachstum und Wohlstand einer Volkswirtschaft. Er schafft Arbeitsplätze, bildet künftige Talente und den Nachwuchs aus und sichert durch seine Investitionen die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Ob der Mittelstand stirbt, entscheiden die Politik und unsere Kunden. ■

Claus Cersovsky,
info@rk-schoko.de,
rk-schoko.de

Digitalisierung im Mittelstand – Sorgenkind und Chance

Die negativen Meldungen zur wirtschaftlichen Lage häufen sich zusehends und finden mittlerweile auch ihren Einzug in die regionale Presse. So berichtet die „Badische Zeitung“ in ihrer Ausgabe vom 21. Mai 2024, dass die IHK Hochrhein-Bodensee die Konjunkturerwartungen für die nächste Zeit zurückhaltend einschätzt. Sie liegt damit im Trend der sorgenvollen bundesweiten Berichterstattung über unsere Wirtschaftsentwicklung, die insbesondere

den mittelständischen Unternehmen sehr zu schaffen macht.

Die Mittelstandsunternehmen sind derzeit unter Druck

Gerade für die regional ausgerichteten Unternehmen seien die Herausforderungen groß, schreibt die IHK-



Dietrich Eberhardt, IT-Strategieberater, Beisitzer im Landesvorstand der MIT Baden-Württemberg und Kreisvorsitzender der MIT Lörrach

Wir setzen Ihre Maschine auf den Punkt.



Kierdorf & Söhne GmbH
76676 Graben-Neudorf

[» kierdorf-soehne.de](http://kierdorf-soehne.de)

Organisation: „Die Auswirkungen von Ukrainekrieg, Nahostkonflikt und forcierter Klimawende führen unter anderem zu Kostensteigerungen, Verunsicherung und Nachfragerückgang.“ Berichtet wird vom sinkenden Auslastungsgrad der Kapazitäten in der regionalen Industrie und von einer Tendenzverschlechterung im Auftragseingang. Besonders betroffen seien der Handel und der Dienstleistungsbereich und die Mehrheit aller Unternehmen würden eher pessimistisch in die nahe Zukunft blicken. Zudem sei der Fachkräftemangel mittlerweile branchenübergreifend spürbar. Dieses Unbehagen unterstreicht auch



das Statistische Bundesamt in einer Veröffentlichung vom 8. Mai 2024. Danach wurden im April 2024 28,5 Prozent mehr Regelinsolvenzen beantragt als im April des Vorjahres. Viele Möglichkeiten, um am Markt bestehen zu bleiben, haben die Unternehmen indes nicht. Einige verlagern ihre Produktion oder gar das ganze Unternehmen ins Ausland, um von einem dortigen Zusammenspiel aus niedrigerem Lohnniveau, niedrigeren Energiekosten, weniger Bürokratie und weniger Unternehmenssteuern profitieren zu können. Aber für die meisten Mittelständler dürfte sich dieser Weg nicht so leicht beschreiten lassen, und sie müssen ihre Betriebe anders optimieren, um wirtschaftlich zu überleben oder sogar zu wachsen.



Geschäftsprozesse smart factory Produktion

Daten

Dokumente

ERP

Maschinen

MES



Die Zukunft von KMUs gestalten

Durchgängige Digitalisierung von A bis Z

PASSGENAU. BEWÄHRT. ZUKUNFTSWEISEND.





Die Digitalisierung als Überlebenschance

Hier bietet die Digitalisierung eine große Überlebens- und Transformationschance, die es zu ergreifen gilt, damit die geo-

grafisch meist dezentral aufgestellten mittelständischen Betriebe weiterhin das traditionelle krisenfestе Rückgrat der deutschen sozialen Marktwirtschaft bilden. Aber genau hier droht auch eine Gefahr, die den Jobmotor Mittelstand ins Stottern geraten lässt. Eine

Bertelsmann Studie aus dem Jahr 2022 berichtet, dass die mittelgroßen und die kleinen Firmen in der Produktivitätsentwicklung den Großunternehmen immer stärker hinterherhinken, weil sie mit deren Digitalisierungs- und Automatisierungsgeschwindigkeit nicht mehr so leicht mithalten können. Nicht nur die Transformationskosten, sondern auch die Innovationskultur sind die beiden Hauptgründe für diesen Rückstand, den die Kleineren durch ihre sprichwörtliche Agilität wieder aufholen können, wenn sie in den jeweiligen Strategiebereichen ihres Unternehmens ihre derzeit meist inselhaft eingesetzten EDV-Lösungen hin zu digitalen Softwareplattformen vernetzen, die dann eher früher als später auch den Einsatz von KI-Systemen ermöglichen.

GAPLATEC

🔥 KÜCHE ❄️ KÄLTE 🌬️ ABLUFT

Wir planen innovative Großküchensysteme komplett mit Ablufterfassung, Kälteanlagen, Wärmerückgewinnung mit wenigen Schnittstellen und kurzen Wegen für Ihren nachhaltigen Erfolg.

Wir machen aus Ihrer Kantine ein Mitarbeiterrestaurant!
Statt 2 Std. Nutzung eine Zonierte Nutzung über den gesamten Arbeitstag
Kein Schlange stehen sondern individuelle Insellösungen autark gestaltet



GAPLATEC GmbH | Wacholderstr. 27 | D-71723 Großbottwar
Tel: (+49) 7148 16 66 010 | anfrage@gaplatec.de | www.gaplatec.de

Viele Strategiebereiche brauchen eine digitale Transformation

In der Regel bilden die folgenden Strategiebereiche die besten Chancen für eine erfolgreiche digitale Transformation:



Effizienzsteigerung und Kostenreduzierung: Durch die Digitalisierung können kleine Unternehmen ihre Geschäftsprozesse automatisieren und optimieren. Dies führt zu einer verbesserten Effizienz und reduzierten Betriebskosten, da repetitive Aufgaben von digitalen Systemen übernommen werden können. Dadurch können auch kleine Unternehmen wettbewerbsfähige Preise anbieten und gleichzeitig ihre Rentabilität steigern.

Markterschließung und Kundengewinnung: Die Nutzung digitaler Kanäle ermöglicht es kleinen Unternehmen, ihre Reichweite über lokale Grenzen hinaus auszudehnen. Durch die Erstellung einer ansprechenden Online-Präsenz und die Nutzung von Social Media können sie neue Kunden gewinnen und ihre Marktposition stärken. Darüber hinaus ermöglichen digitale Marketingstrategien gezielte Ansprachen und eine effektive Kundenbindung.

Flexibilität und Anpassungsfähigkeit: Kleine Unternehmen sind oft flexibler und agiler als große Konzerne. Durch die Digitalisierung können sie diese Stärken nutzen, um sich schnell an veränderte Marktbedingungen anzupassen. Die Möglichkeit, auf Echtzeitdaten zuzugreifen und schnell auf Kundenfeedback zu reagieren, ermöglicht es kleinen Unternehmen, ihre Produkte und Dienstleistungen kontinuierlich zu verbessern und den sich wandelnden Bedürfnissen ihrer Kunden gerecht zu werden.

Zugang zu Ressourcen und Talenten: Die Digitalisierung eröffnet kleinen Unternehmen den Zugang zu einer Vielzahl von Ressourcen und Talenten, die ihnen zuvor möglicherweise nicht zur Verfügung standen. Durch die Nutzung von Cloud Computing, Software-as-a-Service (SaaS) und anderen digitalen Diensten können kleine Unternehmen auf kostengünstige Weise auf erstklassige Technologie und Fachkenntnisse zugreifen, ohne große Investitionen tätigen zu müssen.

Politische Unterstützung ist nötig

Traditionell können Großbetriebe die digitalen Transformationsaufgaben leichter stemmen als die Mittelständler. Deshalb muss die Politik hier unterstützend eingreifen und gerade für die kleineren und mittleren Betriebe geeignete Unterstützungsstrukturen bereitstellen. Sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene muss ein verbesserter Zugang für das dazu nötige Know-How geschaffen werden. Zusätzlich braucht es Finanzhilfen, die an den Mittelstand angepasst sind. Nur so bleibt der Wirtschaftsstandort Deutschland mit seiner einzigartigen Vernetzung von großen Industrieunternehmen und mittelständischen Betrieben weiterhin erhalten. Hier ist auch die Mittelstandsunion gefragt. ■

Dietrich Eberhardt
dietrich.eberhardt@itrc.de

ELGO ELECTRONIC

LÖSUNGEN FÜR IHRE POSITIONIERAUFGABEN

MESSEN ▶ STEUERN ▶ POSITIONIEREN

www.elgo.de

Wohnungsbaukrise verschärft Wohnraum- mangel - Unternehmen und Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft gefährdet

Bauverband fordert mehr Förderung und bessere Rahmenbedingungen für das Bauen

Trotz des hohen Baubedarfs ist die Nachfrage im Wohnungsbau drastisch eingebrochen.

Die Baukonjunktur hat sich in den vergangenen Monaten deutlich eingetrübt. Besonders betroffen ist der Wohnungsbau. Die Wohnbaugenehmigungen als wichtiger Konjunkturindikator sind im Verlauf des Jahres 2023 dramatisch eingebrochen. Eine Trendwende ist auch Anfang 2024 nicht in Sicht. Die Bauwirtschaft fordert daher von der Politik dringend wirksame Maßnahmen zur Belebung der Bautätigkeit. Vor allem müssen die Fördermaßnahmen ausgeweitet und bürokratische Hemmnisse beseitigt werden.



Thomas Möller, Hauptgeschäftsführer der Bauwirtschaft Baden-Württemberg e.V.



Überbordende Bürokratie und hohe Baustandards hemmen das Bauen.

Gründe für den drastischen Nachfragerückgang im Wohnungsbau sind die anhaltend hohen Material- und Energiekosten sowie die gestiegenen Zinsen. Hinzu kommen deutliche Verschlechterungen bei den KfW-Förderprogrammen für den Neubau: Seit April 2022 werden ausschließlich Gebäude mit dem hohen energetischen Standard EH 40 gefördert und statt Zuschüssen nur noch zinsgünstige Kredite vergeben. Ausufernde Bürokratie, hohe Auflagen und überzogene Baustandards haben die Krise mitverursacht und weiter verschärft.

Die ungünstigen Rahmenbedingungen haben in Baden-Württemberg im Gesamtjahr 2023 zu einem Rückgang der Wohnbaugenehmigungen um 29,2% auf rund 35.500 geführt. Im Januar 2024 erreichte der Einbruch mit einem Minus von 49,7% seinen vorläufigen Tiefpunkt. Auch im Februar hielt der Abwärtstrend mit -21,9% an. Parallel dazu sanken die Auftragseingänge im Wohnungsbau im Jahr 2023 nominal um 20,3%. Im Januar und Februar 2024 setzte sich die Talfahrt mit -16,9% fort.

Diese katastrophale Entwicklung untergräbt die wohnungspolitischen Ziele der Bundesregierung. Die Ampelkoalition strebt die Fertigstellung von 400.000 Wohnungen pro Jahr an, das entspricht rund 80.000 Wohnungen in Baden-Württemberg. Tatsächlich gebaut wurden im Südwesten 2023 aber nur rund 43.600 Wohnungen. Damit droht sich die Wohnungsknappheit in vielen größeren Städten und Ballungsräumen weiter zu verschärfen. Der eklatante Wohnraummangel birgt in den nächsten Jahren erheblichen sozialen Sprengstoff. Auch die im Wohnungsbau tätigen Bauunternehmen spüren den Nachfrageeinbruch. Es ist zu befürchten, dass Insolvenzen und Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft deutlich zunehmen.

Hidden Technology:

Sie finden uns in

Medizintechnik

Automotive

Elektronik

Architektur

Design
usw.

herz
ätztechnik



Vor allem in größeren Städten und Ballungsräumen droht sich die Wohnungsnot zu verschärfen.

Bauverband fordert entschlossenes Handeln der Politik

Um den Abwärtstrend im Wohnungsbau umzukehren, sind effiziente Gegenmaßnahmen der Politik dringend erforderlich. Fakt ist: Bund und Land haben bisher nur halbherzig auf die katastrophale Entwicklung der vergangenen Monate reagiert. Die Branche erwartet jetzt endlich Taten!

Ein wichtiger Ansatzpunkt ist der bedarfsgerechte Ausbau der sozialen Wohnraumförderung. Im Jahr 2023 waren die Fördermittel aufgrund der hohen Nachfrage bereits im Mai ausgeschöpft. Obwohl das Land zweimal nachlegte und zusätzliche Gelder bereitstellte, war der Fördertopf im Dezember erneut leer. Die frühzeitige Belegung der Fördermittel mit Anträgen zeigt den dringenden Bedarf. Dieser wird durch Analysen des Pestel-Instituts bestätigt: Demnach fehlen in Baden-Württemberg rund 205.000 Sozialwohnungen. Die Landesregierung ist nun gefordert, deutlich mehr Geld in die Hand zu nehmen, um die Wohnungsnot zu bekämpfen. Das Bundesland Bayern zeigt, was möglich ist: Dort stehen in diesem Jahr 1,2 Milliarden Euro für die öffentliche Wohnraumförderung zur Verfügung. Davon werden rund 700 Millionen aus dem Landeshaushalt finanziert. Zum Vergleich: In Baden-Württemberg sind es insgesamt nur 580 Millionen Euro, davon 169 Millionen Euro Landesmittel.

Unabdingbar ist zudem eine Senkung der Grunderwerbsteuer. Im Jahr 2011 wurde diese Steuer in einem deutlich günstigeren konjunkturellen Umfeld von 3,5 % auf 5 % erhöht. Dieser Schritt sollte angesichts der aktuellen Krise umgehend rückgängig gemacht werden. Vorbild ist auch hier das Nachbarland Bayern: Dort gilt seit Jahren unverändert der niedrigere Steuersatz von 3,5 %. Sinnvoll wäre darüber hinaus ein Verzicht auf die Grunderwerbsteuer beim Erstkauf von Wohneigentum.

Auf die politische Agenda gehört des Weiteren die Verbesserung der KfW-Neubauförderung. Förderprogramme für den EH 55-Standard wären ein Hebel, um den Wohnungsbau stärker anzukurbeln. Grundsätzlich sollte der Bund seine Fördermittel im Neubaubereich deutlich aufstocken.

Umfassender Bürokratieabbau überfällig

Dringend notwendig ist auch der Abbau bürokratischer Hemmnisse für die Bautätigkeit. So müssen die aufwendigen Genehmigungsverfahren deutlich beschleunigt werden. Auch die zahlreichen Vorschriften der Landesbauordnung und der Kommunen sowie die hohen Baustandards bremsen und verteuern das Bauen. Die Politik muss den Abbau von Regulierungen und Bürokratie endlich energisch angehen. Unter anderem gilt es,

das Baurecht zu vereinfachen und die 16 Landesbauordnungen zu einer Bundesbauordnung zu vereinheitlichen.

Wohnungsversorgung sichern – Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft verhindern

Der anhaltende Abwärtstrend im Wohnungsbau zeigt: Die Zeit zum Handeln ist jetzt! Wir können uns ein weiteres Abgleiten der Wohnungsbauwirtschaft in die Krise nicht leisten. Die Politik ist am Zug. Sie muss diesem wichtigen Thema endlich Priorität geben und mit energischen Schritten für eine Wende sorgen. Nur so können wir gewährleisten, dass die große Zahl der Wohnungssuchenden in unserem Land wieder bezahlbaren Wohnraum findet, und damit die soziale Stabilität sichern. Und nur so können wir einen drastischen Anstieg der Unternehmensinsolvenzen und der Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft verhindern. Lasst uns wieder Wohnungen bauen! Dieses Motto des Aktionstages der Bauwirtschaft am 1. März 2024 ist heute aktueller und dringlicher denn je. Info: www.bauwirtschaft-bw.de ■



sixt
**Pressteile
Presswerkzeuge**

**Ihr Partner... von der
Entwicklung bis zur Serie.**

www.sixt-gmbh.de

Sixt GmbH Rudolf-Diesel-Str. 1 - 71106 Magstadt

Thomas Möller,
moeller@bauwirtschaft-bw.de,
bauwirtschaft-bw.de



Die Bauwirtschaft fordert entschlossene Maßnahmen zur Ankerbelung der Bautätigkeit.

Die Politik hat den Mittelstand auf dem Gewissen



Fassungslosigkeit, Trauer, Wut und Resignation, oft in unterschiedlichen Mischungen und Zusammensetzungen. Das sind die Emotionen und Nachrichten, die mich nahezu täglich aus dem Mittelstand erreichen. Die große Mehrheit unserer Unternehmer geht zwar weiterhin täglich in die Firma und sperrt den Laden auf, doch viele geben auf oder wandern aus.

Was wie eine Wirtschaftskrise klingt, nach Versagen von Unternehmern und des freien Marktes, ist in Wahrheit jedoch ein Versagen der Politik. Hauptsächlich der Ampel, aber nicht nur. Alle Parteien tragen eine Schuld an der Krise des Mittelstands – und damit am Niedergang unseres Wohlstands, unserer Gesellschaft und der Freiheit jedes Einzelnen.

Ampel auf Irrwegen

Nein, dieser Text reiht sich nicht ein in das derzeit übliche pauschale Politiker-Bashing. Er ist viel mehr ein Abgesang auf den Mittelstand als stolzen Innovationsmotor, der aktuell mit Füßen getreten wird. Nach dem Krieg fanden sich die klügsten Köpfe des Landes zusammen, um auf Basis der leidvollen Erfahrungen eine Verfassung und gesetzliche Basis zu schaffen, die Freiheit und Wohlstand garantiert. Über die Jahre hinweg wurde an dieser Basis nur herumgepfuscht. Natürlich müssen Gesetze der Zeit angepasst werden, jedoch mit Augenmaß und Kompetenz, nicht mit Ideologie und Blauäugigkeit.

Allein unser Kanzler, der geschworen hat, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, tut genau das Gegenteil. Seinem Gegen-

Dr. Bastian Atzger, Landesvorsitzender der MIT Baden-Württemberg

kandidaten bei der letzten Wahl kostete dessen Lachen die Kanzlerschaft. Das Lachen unseres Kanzlers kostet die Steuerzahler Milliarden. Es mag Sachkenntnis sein oder vorsätzliches Wegsehen, aber ein Kanzler, der die geäußerten Nöte seiner Bürger und durch Fakten belegte Alarmsignale weglächelt, dem muss mittlerweile Vorsatz vorgeworfen werden. Das Kabinett selbst ist nicht besser, aber dies sei nur am Rande erwähnt, denn hierzu könne man ein ganzes Heft füllen.

Nicht nur eine Regierungskrise

Aber auch die CDU hatte ihre Hand am Messer im Rücken des Mittelstands. Oftmals nur um Pöstchen zu sichern und um medialer Kritik zu entgehen, machte man sich willfährig zum Steigbügelhalter der Grünen. Sei es bei der Gender-Debatte, beim Klima oder in der Mobilität – man trägt die gefährliche Agenda der Grünen mit, die auf dünnster Faktenbasis massivste ideologische Eingriffe in Wirtschaft, Bildung und Verkehr vornimmt und das Land vorsätzlich spaltet. Bildlich gesprochen war die CDU der Maschinist auf der Titanic, der zwar die Schuld beim Kapitän sucht, aber selbst fleißig Kohlen ins Feuer geworfen hat.

Der Wähler ist nicht dumm. In kaum einer Umfrage kann die CDU daher spürbar vom

IHB
**INDUSTRIE- UND
HYDRAULIKBEDARF**

**IHB Illingen
Industrie- und
Hydraulikbedarf GmbH
Luigstrasse 25
75428 Illingen
Tel.: 07042 801070
Fax: 07042 801079
info@ihb-illingen.com
www.ihb-illingen.com**

Vertrauensverlust in die Ampelkoalition profitieren. Die Bürger wissen, dass die CDU am Ende wieder den Kuschelkurs mit denen suchen wird, die sie eigentlich abwählen wollen. „Wer die CDU wählt, der wählt Grün“, ist laut mehrerer Forschungsinstitute das Gefühl vieler Wähler.

Reformbedarf offensichtlich

Wir haben also keine Wirtschaftskrise und schon gar keine Klimakrise – wir haben eine politische Krise. Parteien, die unfähige Leute nach vorne bringen ohne Sach- und Fachkenntnis, bürgerliche Politiker, denen der Mut zu notwendigen Schritten und Maßnahmen fehlt und ein politisches System, das Unwahrheit und Schmarotzertum belohnt, während der Ehrliche und Fleißige zum Dank die Rechnung erhält.

Die Europawahl wird der nächste Gradmesser dieser Politik sein. Leider werden hier wieder nur stupide Listen gewählt, die es dem Wähler unmöglich machen, gute

Kandidaten abzuwählen und starke Persönlichkeiten zu belohnen. Ob der Wähler am Ende wieder mit der Faust in der Tasche sein Kreuz bei einer Partei macht, die er eigentlich nicht will, oder seinem Frust durch eine Proteststimme Luft verschafft, analysieren wir ab dem 10. Juni.

CDU Heimat von Fleiß und Leistung

Warum nehmen wir nicht unseren neuen CDU-Landesvorsitzenden Manuel Hagel beim Wort? Er spricht sich dafür aus, wieder Kompetenz und Leistung zu forcieren und fordert Risikobereitschaft. Das ist pure MIT.

Fangen wir doch gleich bei uns selbst an und machen wir doch die CDU zur Vorreiterin. Schaffen wir Listenwahlen ab und stellen stattdessen die Kandidaten und ihre Kompetenzen in den Fokus. Der, der am besten performt, der soll Nominierung und Wahlkreis holen. Wer nur über Geschlecht, Alter, Empfehlung oder Herkunft an einen Listenplatz kam, der soll sich erst

qualifizieren. Der neue Spirit, den Hagel für die Gesellschaft ausruft, den muss die CDU bitte auch bei sich selbst anwenden – vorausgesetzt, sie will glaubwürdig sein.

Der geneigte und politisch erfahrene Leser wird nun vermutlich schmunzeln. Die Chance, dass sich der Parteiapparat mit-samt seinen eher eigennützigen Individuen wortgetreu an die Worte Hagels hält, dürfte gering sein. Und so werden sich auch nach der Europawahl wieder alle Parteien zu Siegern erklären und anstatt den nötigen Reformen und Sparmaßnahmen, wird es teurer und dekadenter weitergehen als bisher.

Das Einzige, das jedoch sicher weniger werden wird, das sind die Anrufe enttäuschter oder wütender Mittelständler. Denn wenn es politisch so weitergeht, wird es bald niemanden mehr geben, der anrufen kann. ■

Dr. Bastian Atzger,
atzger@mit-lvbw.de,
mit-bw.de

Leidenschaft trifft Präzision

Präzisionsgewindetribe made in Germany

Mit Kugel- und Gleitgewindetrieben verleihen wir linearen Bewegungen in Medizin- und Messtechnik, Maschinenbau, Automotive sowie der Elektronik- und Solarindustrie höchste Präzision. Jahrzehntelange Erfahrung und umfassendes Know-how machen uns zum weltweit gefragten Partner der Antriebstechnik.



Karl Hipp GmbH
Adolph-Kolping-Straße 3
72393 Burladingen
Deutschland
Tel. 07475 9519-0
Fax 07475 9519-19
post@karl-hipp.de
www.karl-hipp.de



„Ich bleib‘ dann mal da“



Seit Jahren beschäftigt sich Landtagsvizepräsident Prof. Dr. Wolfgang Reinhart mit dem Thema des Altwerdens in Deutschland. Sein neues, im FAZ-Verlag erschienenes Buch „Ich bleib‘ dann mal da“ war der Anlass für Ariane Spitzer, Vorsitzende der Mittelstandsunion, und Hans Rüdinger, Vorsitzender der Seniorenunion, ihn nach Mosbach einzuladen. Vor zahlreichen Zuhörern referierte Reinhart zu der Frage, welche Möglichkeiten es gibt, die zukünftigen Rentner dazu zu bewegen, freiwillig über das Rentenalter hinaus tätig zu bleiben.

Die geburtenstarken Jahrgänge werden in den nächsten 10 Jahren das Rentenalter erreichen. Bei den sog. Babyboomern brachte jede Frau statistisch gesehen 2,5 Kinder zur Welt. Im Jahr 2023 lag die Geburtenrate bei 1,36 Kindern je Frau im Jahr. Der sich hieraus entwickelnde Fachkräftemangel ist bereits deutlich spürbar. Hinzu kommt, dass die Rentner heute wesentlich älter werden als unsere Vorfahren. Immer weniger Arbeitnehmer müssen die Rente von immer mehr Alten finanzieren. Heute finanzieren zwei Beitragszahler einen Rentner. Dieses Verhältnis wird sich in den nächsten Jahren drastisch zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung verschieben. Die Rentenfinanzierung ist eine tickende finanzielle Zeitbombe.

Diese Problematik habe man, so Reinhart, schon vor Jahren erkannt. Die Berliner Politik habe es jedoch versäumt, angemessene und ambitionierte Lösungen zu erarbeiten. Ein aktuelles Beispiel hierfür sei die Integration von ukrainischen Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. In zahlreichen europäischen Ländern sei die Quote von ukrainischen Flüchtlingen, die einer Arbeitstätigkeit nachgingen, wesentlich höher, teils bei über 70 Prozent, während sie in Deutschland im Bereich von aktuell ca. 23 Prozent liegt.





„Seit über 20 Jahren haben wir kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsdefizit. Es ist an der Zeit, umzudenken und das Verhältnis von Alter und Arbeits- bzw. Lebenszeit neu zu bewerten“, postulierte Landtagsvizepräsident Wolfgang Reinhart. Eine längere Erwerbstätigkeit, flexiblere Arbeitszeitmodelle, abgabenfreie Hinzuverdienstgrenzen sowie eine bessere Zusammenarbeit der Generationen könnten Teil einer Lösung sein. Man sei nie zu alt, um großartig zu sein, findet Wolfgang Reinhart und liefert neue Denkanstöße, die alle Generationen einer Gesellschaft berücksichtigen. Er plädierte dabei auch für die Einführung eines Lebensarbeitszeitmodells. Dadurch könnten jüngere Menschen ihre Bedürfnisse wie etwa bei der Familienplanung besser realisieren und älteren Menschen werde es ermöglicht, länger und selbstbestimmt zu arbeiten. „Es ist immer noch ein Glück in Deutschland zu leben und die Tatsache, dass wir immer älter und gesünder werden, ist ein großes Geschenk, woraus wir allerdings auch ehrliche, richtige und notwendige Schlüsse ableiten sollten“, resümierte MdL Reinhart.

Anschließend nahm sich Wolfgang Reinhart Zeit für eine lebhaft Diskusion. Die zahlreichen Fragen zeigten, dass er die Zuhörer mit seinem engagierten Vortrag erreicht hatte. ■

Alexander Ganter,
Ganter.MOS@gmx.de

Wir können
Schwergewichte!

Schweißteilkomponenten bis 50 Tonnen.

- Konstruktionsbüro
- Brennschneiden
- Schweißteile
- Spannungsarm Glühen
- Mechanische Bearbeitung
- Lackieren



HINZ

MASCHINENBAUTEILE

Daimlerstraße 3-5 · D-71254 Ditzingen-Schöckingen · Tel. 07156 9555-0
Langwiesenstraße 14 · D-74363 Güglingen-Frauenzimmern · Tel. 07135 97405-0

www.HINZ-MBT.de



Bauen soll einfacher werden

Zum Thema „Starke Heimat – gute Zukunft: Planen und Bauen für Land und Leute“ hatten der Kreisverband der Mittelstands- und Wirtschaftsunion sowie der CDU-Stadtverband Mosbach die Ministe-

rin für Landesentwicklung und Wohnen, Nicole Razavi MdL, nach Mosbach eingeladen. Das musikalische Vorprogramm gestaltete die Dudelsackspielerin Monika Köster aus Eberbach.

Nach der Begrüßung durch den Stadtverbandsvorsitzenden Dr. Mark Fraschka versprach die Ministerin, Klartext zu reden. Das Land müsse im Landesentwicklungsplan die Weichen stellen, damit nicht nur die Kirche, sondern auch die Menschen im Dorf bleiben. Es gehe darum, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu schaffen. Beim Flächenbedarf für Wohnen und Gewerbe müssten die erneuerbaren Energien und der Naturschutz unter einen Hut gebracht werden. „Diese Frage kann man nicht ideologisch beantworten. Im Vordergrund steht der Mensch, der ein Dach über dem Kopf braucht und das auch bezahlen kann“, so die Ministerin.

Lösungsmöglichkeiten sieht Razavi in der Landesbauordnung. Vieles müsse vereinfacht werden. So könne es nicht sein, dass der Widerspruch eines Nach-

UC Tools
Ultra Cutting Tools

**PRÄZISION
UND SCHNELLIGKEIT**

UC Tools GmbH | Otto-Hahn-Str. 34 | D-75248 Ölbronn-Dürrn
+49 (0)7237 48682 0 | info@uc-tools.de | www.uc-tools.de



barn das Bauen um mehrere Monate oder gar Jahre verzögere. Außerdem müssten Standards abgebaut werden. „Die Landesbauordnung ist nicht dafür da, den Luxus zu verwalten.“ Gerade in den Bereichen Energieeffizienz oder Brandschutz müsse nachjustiert werden.

Aber auch die Kommunen müssten mitziehen. Es könne nicht sein, dass die Entwicklung des Innenbereichs daran scheitere, „weil ein alter Obstbaum gerettet werden muss.“ Schließlich sei eine weitere Digitalisierung in den Bauverwaltungen nötig.

Während die Ministerin in Baden-Württemberg versucht, Hürden abzubauen und das Bauen zu erleichtern, droht aus Brüssel neues Unheil. Die Europäische Union wolle nun bei Neubauten die Planung von Abstellräumen für Fahrräder und E-Bikes vorschreiben. Wenn dann in einem Mehrfamilienhaus das Erdgeschoss nicht mehr als Wohnung genutzt werden könne, weil man den Platz für Stellplätze von Fahrrädern benötigt, könne man das den Bürgern kaum vermitteln.

Das Land engagiere sich auch im sozialen Wohnungsbau. Hier seien die

Fördermittel auf rund eine Milliarde Euro verdoppelt worden. Das Programm laufe sehr gut und man könne noch mehr Fördergeld brauchen. Im Übrigen wies Razavi darauf hin, dass trotz hoher Zinsen und steigender Baupreise in den Privathaushalten durchaus Finanzmittel vorhanden seien. Ein ganz wesentlicher Grund dafür, dass nicht mehr gebaut werde, liege in Berlin. Die Menschen seien verunsichert. Man müsse täglich damit rechnen, dass die Ampel wieder eine Idee habe, die zusätzliche Kosten bringe.

Nach ihrem Vortrag nahm sich Razavi Zeit für eine Diskussion mit den Zuhörern. Die zahlreichen Fragen zeigten, dass das Thema in der Bevölkerung aktuell ist.

Die MIT-Vorsitzende Ariane Spitzer bedanke sich bei Nicole Razavi mit einem Blumenstrauß aus Nudeln, der nicht so schnell verwelke wie normale Blumen. ■

Alexander Ganter,
Ganter.MOS@gmx.de

- **Sonderkonstruktionen**
- **Industriebau**
- **Gewerbebau**
- **Stahlhochbau**
- **Verwaltungsbau**

IBB baut ausgezeichnete Industrie- und Gewerbeobjekte mit besten Referenzen und 40 Jahren Erfahrung.

Industriebau Bönnigheim GmbH + Co. KG
Industriestraße 18
74357 Bönnigheim

info@ibb-boennigheim.de
www.ibb-boennigheim.de

**INDUSTRIEBAU
BÖNNIGHEIM** **IBB**



Foto: Peter Huber Kältemaschinenbau SE

Dr. Stefan Kaufmann MdB (6. v.r.) zu Gast bei der MIT Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU Ortenau



Foto: Peter Huber Kältemaschinenbau SE

Dr. Stefan Kaufmann MdB zu Besuch in Offenburg

Gemeinsame Veranstaltung des CDU Stadtverbands Offenburg und der MIT Ortenau bei Peter Huber Kältemaschinenbau SE

Der Stuttgarter Bundestagsabgeordnete Dr. Stefan Kaufmann, der nach dem Tod von Dr. Wolfgang Schäuble in den Bundestag nachgerückt ist und so neben seinem Stuttgarter Wahlkreis auch den Wahlkreis Offenburg mitbetreut, war am Montag erstmals zu Besuch in Offenburg. Der CDU Stadtverband Offenburg hatte zusammen mit der MIT Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU Ortenau zu einem Firmenbesuch beim Familienunternehmen Peter Huber Kältemaschinenbau SE in Elgersweier eingeladen: Ein perfek-

ter Einstieg für Dr. Stefan Kaufmann MdB, da „Kälte-Huber“ als Inhaber des KEFF+ Label und TOP 100 Innovator seit jeher für Innovation, Fortschritt und Nachhaltigkeit steht. Dr. Stefan Kaufmann MdB war demgegenüber von 2020 bis 2022 Beauftragter für Grünen Wasserstoff im Bundesministerium für Bildung und Forschung, so dass hier gleich auch die Grundlage für rege fachliche und thematische Gespräche gelegt war. Die Veranstaltung bot allen Teilnehmern ausreichend Gelegenheit zum gegen-

seitigen Kennenlernen, zum Austausch – und für die anwesenden Unternehmensvertreter vor allem auch die Möglichkeit, Dr. Stefan Kaufmann MdB ihre Wünsche, Sorgen sowie Ideen und Anregungen mit „ins Gepäck“ nach Berlin zu geben. ■

Anne Nickert (Pressereferentin),
vorstand@mit-ortenau.de,
mit-ortenau.de



Fleck eröffnet den Fröhschoppen

Mut. Tempo. Taten.

Manuel Hagel zu Gast beim Fröhschoppen

„Grüß Gott und herzlich Willkommen“ begrüßte der Mannheimer MIT Kreisvorsitzende und Stadtrat Alexander Fleck die Gäste beim 44. Kurpfälzer Fröhschoppen des Mittelstandes auf dem Mannheimer

Maimarkt. Dieser wird von der MIT Mannheim organisiert und von dem BDS, der Kreishandwerkskammer und dem Kreisbauernverband mitgetragen. Gut 1.000 Besucher waren der Einladung gefolgt.

Als Festredner konnte Fleck in diesem Jahr den Fraktions- und Landesvorsitzenden der CDU Baden-Württemberg, Manuel Hagel, gewinnen. „Er steht wie kein zweiter für die Zukunft unseres Landes und unserer Partei“,

**Wir schließen Kreisläufe
und schützen Ressourcen.**

Mit unseren Lösungen schaffen wir Mehrwert
in Produktschutz und Nachhaltigkeit



◀ Hier finden Sie weitere
Informationen über unsere
Verpackungslösungen

SÜDPACK
HIGH PERFORMANCE FILMS



Ein Prost auf die Veranstaltung

so Fleck im Hinblick auf eine eventuelle Kandidatur Hagels als Spitzenkandidat bei der nächsten Landtagswahl und mithin Anwärter auf das Amt des Ministerpräsidenten.

Neben der Begrüßung zahlreicher Ehrengäste ging Fleck noch auf die aktuelle Ankündigung von Galeria Kaufhof ein, die Filiale am Mannheimer Paradeplatz schließen zu wollen. Er versicherte dem IHK-Präsidenten Manfred Schnabel volle Unterstützung beim Kampf um den Erhalt. Gleichzeitig forderte Fleck ein Umdenken der Beteiligten. So müssten die Vermieter eine andere Preispolitik fahren, die Konsumenten wieder mehr im stationären Einzelhandel einkaufen und die Kommunen aufhören, die Erreichbarkeit der Einzelhandelsunternehmen durch unsinnige Verkehrsmaßnahmen zu beeinträchtigen.

Danach folgte die mit Spannung und Neugierde erwartete Rede von Manuel Hagel.



Gute Stimmung im vollbesetzten Festzelt



Einzug ins Festzelt

Er spannt einen weiten Bogen und prangert an, dass sich viele nicht mehr auf die Hauptprobleme konzentrieren. Lieber beschäftige man sich mit dem Gendern, der „Mohrenstraße“ oder dem Auftritt des AWO-Ballettes. Letzteres sei keine kulturelle Aneignung, sondern absolut in „Ordnung“.

Er mahnt weiter an, dass sich nur noch darüber Gedanken gemacht wird, wie man Wohlstand verteilt, aber nicht mehr darüber spricht, wie man diesen erarbeitet. Sein Ruf nach Fleiß und Leistungsbereitschaft wird



Manuel Hagel hält schwungvolle Rede



Rundgang zum kommunalen Wärmeversorger

forderte, dass man hier endlich zu einer Lösung kommen müsse.

Traditionell erhält der Festredner am Ende der Veranstaltung einen Korb frisch gestochenem Mannheimer Spargel, ehe die Nationalhymne sowie das Badenerlied erklingt.

Zufrieden blickt Fleck auf die Veranstaltung zurück. „Manuel Hagel hat den Anwesenden aus der Seele gesprochen. Dies zeigt der vielfache Jubel und Applaus.“ Die viele Arbeit vor der Veranstaltung habe sich gelohnt. Gleichzeitig lud Fleck zum 45. Fröhschoppen ein, der am 04.05.2025 stattfindet. „Bis dahin gibt es aber noch viel zu tun. Christian Specht hat für die CDU das Rathaus erobert und wir erobern jetzt für die CDU den Ge-



Gesundheitstipps bei den LandFrauen

meinderat“, so Fleck im Hinblick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen. ■

Alexander Fleck (Kreisvorsitzender),
alexander-fleck@t-online.de,
mit-mannheim.de

ebenso mit lautem Applaus unterstützt wie die Forderung nach guter Bildung. Dabei hob er hervor, dass nicht nur Abiturienten, sondern auch Hauptschüler gebraucht werden. Berufliche Bildung, handwerkliche Meisterabschlüsse und Hochschulabschlüsse seien gleich wertvoll.

Auch ging Hagel auf den Verbund der Klinika Heidelberg und Mannheim ein und

HEIMWERKER
BAULEISTUNGEN **heim-live.de**

Mittelstands- und Wirtschaftsunion des Bezirks Württemberg-Hohenzollern zieht positive Bilanz auf Jahreshauptversammlung



Auf den 16.03.2024 hatte der bisherige Bezirksvorsitzende Achim Rieger die Mitglieder zur anstehenden Jahreshauptversammlung des Bezirks Württemberg-Hohenzollern in das Foyer der Stadthalle Sigmaringen eingeladen. Erfreulicherweise folgten nicht nur bekannte Gesichter, sondern auch einige neue Mitglieder dieser Einladung.

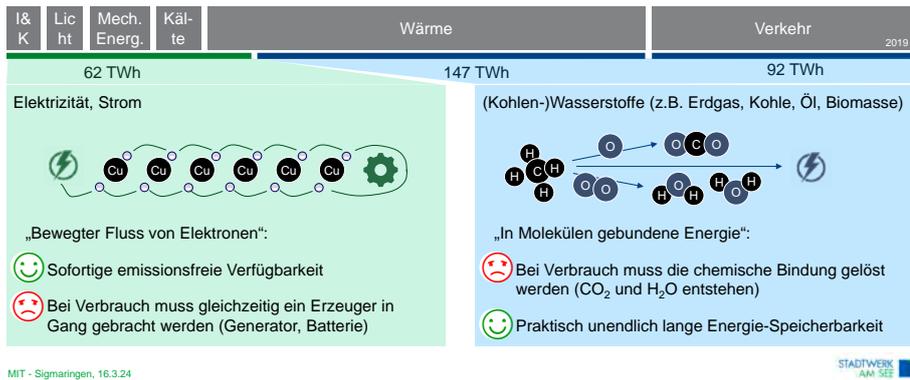
Bei den turnusgemäß anstehenden Neuwahlen stellte sich Achim Rieger nicht mehr als 1. Vorsitzender zur Wahl. Als sein Nachfolger wurde Joachim Fauser, selbständiger Architekt und Bausachverständiger aus Reutlingen und bisheriger stellvertretender Vorsitzender, einstimmig gewählt. „Ich freue mich, dass ich diese Aufgabe übernehmen darf und werde



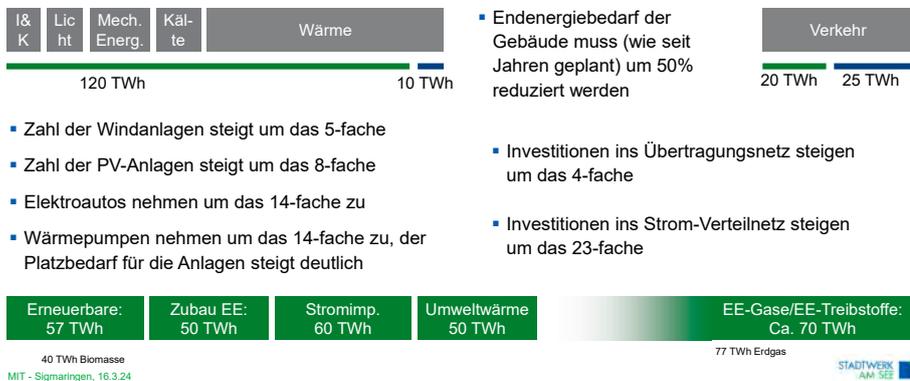
Achim Rieger



In Baden-Württemberg werden jährlich ca. 280 TWh Endenergie/Nutzenergie verbraucht
Fast 80% der Endenergie in Baden-Württemberg stammt aus Kohlenwasserstoffen



Baden-Württemberg - morgen nicht erst 2030!
Werden die geplanten Einspar- und Zubauziele nicht erreicht, muss die Lücke über den Import von Molekülen kompensiert werden



Grafiken mit freundlicher Genehmigung von Peter Majer, Leiter Unternehmensentwicklung & Innovationen
STADTWERK AM SEE GmbH & Co. KG, Kornblumenstr. 7/1, 88046 Friedrichshafen

mich für die Interessen des Mittelstandes in unserer Region, gerade in diesen unruhigen Zeiten, einsetzen.“ so Fauser. Als Fausers Stellvertreter bleibt Stefan Buhmann aus dem Zollernalbkreis, er wird künftig von Achim Rieger und Robert Haase unterstützt. In die weiteren Vorstandsposten wurden neu bzw. wiedergewählt: Andreas Hintz (Schatzmeister), Janina Rieger (Pressesprecherin), Patrick Braun (Beauftragter für Internet) sowie die Beisitzer Falk W.

Föll, Dr. Gerd Gaiser, Dr. Hartmut Kräwinkel, Sebastian Mänder, Valérie Mänder, Dr. Klaus Odenwälder, Dr. Roland Rack, Margarete Reiser, Ralf Stoll, Caren Wagner und Frank Ziegler. Sehr erfreulich ist, dass wir einige neue und junge Mitglieder in unseren Reihen und in der neu gewählten Vorstandschaft begrüßen können. Dies ist ein wichtiges und richtiges Zeichen, um auch in den nächsten Jahren den Mittelstand stark zu repräsentieren.

Besuchen Sie uns
auf der MedtecLIVE
Halle 1, Stand 219



- Feinmechanische Präzisionsteile
 - CNC Fräsen
 - CNC Drehen
- komplexe Baugruppen- und Gerätefertigung

Leidenschaft für Präzision

GENTHNER SystemTechnologie begleitet seine Kunden vom Prototypen über die Großserie bis hin zum Ersatzteil und ist Systemlieferant von Spitzenherstellern im gehobenen Marktsegment der Medizintechnik.

Profitieren Sie von unseren hochwertigen Fertigungseinrichtungen, umfangreicher Qualitätstechnik sowie unserer langjährigen Erfahrung.

GENTHNER SystemTechnologie GmbH
Gewerbestraße 40
75217 Birkenfeld-Gräfenhausen
Tel. +49 7082 79182-0 · info@genthner.com
www.genthner.com



Mit einem sehr informativen Vortrag zum Thema „Energiesicherheit in unserer Region“ hielt der Vertreter eines Energieversorgers für unsere Mitglieder entsprechende Informationen parat. Wir haben uns ganz bewusst dafür entschieden, möglichst neutral und ohne politische Scheuklappen mit der Folgeabschätzung der neuen grünen Gesetze zum Thema Energie informiert zu werden. Die Quintessenz lässt sich in zwei Bereiche unterteilen:

Die erste Kernaussage war, wir brauchen in Baden-Württemberg pro Jahr ca. 280 TWh. an Energie – die muss irgendwoherkommen, egal welcher Energieträger das dann ist!

Die zweite Kernaussage war, die veränderten Energieträger und ihre spezifischen Leitungsträger müssen verbaut werden.

Dazu müssen die Rohstoffe beschafft werden. Das bedeutet, wir brauchen vermutlich nur für die nächste Zeit mehrere Jahre der Weltkupferproduktion nur für die Stromleitungen in Deutschland.

Die Kapazitäten, die wir im Moment im Leitungsbau, Hoch- und Tiefbau haben, müssen exponenziert werden, um welchen Faktor lässt sich heute noch gar nicht abschätzen, und das bei unserem Fachkräftemangel.

Mit sehr nachdenklichen Mienen haben wir unseren Bezirksmittelstandstag beendet.

Es bleibt nur der Spruch im Sinn: „Einen Bruchteil Deiner Wünsche wird man höchstens Dir gewähren, willst Du einen Baum erhalten musst Du einen Wald begehren.“ Kann man so vernünftige Politik für die nächsten Generationen machen? Kann man so die Welt retten? ■

Janina Rieger
j.rieger@wifo.online
mit-wueho.de
 Achim Rieger,
a.rieger@wifo.online,
mit-wueho.de,

SWITCH TO INNOVATIONS



Wenn etwas richtig gut in einem System funktionieren soll, dann ist es oft maßgeschneidert. So wie unsere Beiträge zu zahllosen Innovationen für zuverlässige Elektrotechnik in Automobilen und Gebäuden, die auf den Punkt abliefert. Aus Wehingen für die Welt.

gruner.de

Die Zukunft der Energiewirtschaft und Netzinfrastuktur im Fokus

Rund 80% des gewerblichen Steueraufkommens, über 70% aller Ausbildungsplätze und über die Hälfte aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entfallen in Deutschland auf den Mittelstand als unseren Herzmuskel der sozialen Marktwirtschaft. Dabei ist nicht nur der „German Mittelstand“ ein weltweites Aushängeschild unseres Wirtschaftsstandorts, sondern auch unser System der dualen Ausbildung ist zum echten Exportschlager geworden.

Wenn wir Innovationsregion Nummer 1 in Europa bleiben wollen, müssen wir den



Rund 100 interessierte Gäste, darunter viele Bürgermeister und Kommunalpolitiker, konnte MdL Wolfgang Reinhart beim offenen Gesprächsaustausch mit Netze-Chef Martin Konermann (links) bei der gemeinsam mit der MIT Main-Tauber ausgerichteten Veranstaltung begrüßen.

Könner in Kunststoff

Ihr Spezialist für individuelle Einzelteile und Serien aus Plexiglas und anderen technischen Kunststoffen



MARTIN FINK GmbH & Co. KG • Riedweg 57 • 89081 Ulm • Tel. 0731 / 4070 5860 • info@fink-plexiglas.de

www.fink-plexiglas.de

Mittelstand weiter stark machen. Dazu braucht es im Hinblick auf den Fachkräftemangel dringend mehr Zuwanderung in den Arbeitsmarkt, nicht in die Sozialsysteme. Daneben brauchen wir auch Meister, nicht nur Master. Hinzu kommt, dass laut Zahlen von Statista 2023 die Teilzeitquote von Frauen auf dem Arbeitsmarkt bei rund 50 % lag, sodass hier noch viel Potential schlummert, das mit besseren Kinderbetreuungsmöglichkeiten geweckt werden könnte. Last but not least ist auch zu sehen, dass die durchschnittliche Jahresarbeitszeit in Deutschland zuletzt bei 1.349 Arbeitsstunden lag, in den USA jedoch bei knapp 1.800 und in Mexiko gar bei über 2.100, weshalb auch über eine längere, an die demografische Entwicklung angepasste (Lebens-)Arbeitszeit nachzudenken ist. Wir müssen das Sterben des Mittelstands verhindern, sonst müssen wir den Wohlstand kapfen.

Neben dem Fachkräftemangel, überbordender Bürokratie sowie der Steuer- und Abgabenlast zählen zu den größten Investitionshindernissen für mittelständische Unternehmen am Standort Deutschland auch die weltmeisterlich hohen Energiepreise. Die Stilllegung der letzten drei Atomkraftwerke im April 2023 hat dabei nicht nur die CO₂-Bilanz unseres Stroms erheblich verschlechtert, sondern auch die Abhängigkeit von (ironischerweise Atom-) Stromimporten aus dem Ausland erhöht; dies vor allem in Zeiten, wenn es bewölkt und windstill ist und damit kein regenerativer Energieertrag zu verzeichnen ist. Andererseits müssen – gerade im Monat Mai bei gutem Wetter und vielen

Feiertagen – häufig große Strommengen teuer ins Ausland eingespeist werden, weil hierzulande die Netze überlastet sind und den grünen Strom nicht abtransportieren können.

Vor diesem Hintergrund stand die Zukunft der Energiewirtschaft und des Netzinfrastukturausbaus im Main-Tauber-Kreis im Fokus eines öffentlichen Gesprächsaustauschs mit über 100 Gästen in Tauberbischofsheim. Gastreferent war auf Einladung von MdL Professor Dr. Wolfgang Reinhart, Dr. Martin Konermann, technischer Geschäftsführer der Netze BW GmbH. Mit ausgerichtet wurde der Gesprächs- und Diskussionsaustausch von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Main-Tauber.

„Energiewirtschaft, Energiewende, Netzausbau, Digitalisierung und KI sind Themen, die uns die nächsten Jahre sowie Jahrzehnte herausfordern und beschäftigen werden“, verdeutlichte Wolfgang Reinhart in einer kurzen Themeneinführung. Im von ihm mitunterzeichneten Koalitionsvertrag der Landesregierung sei eine Klimaneutralität im Energiebereich in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2040 vereinbart worden.

Der Süden Deutschlands werde jedoch nicht die erforderlichen Energiemengen erzeugen können, so dass ein Energietransfer aus den nördlichen in die südlichen Bundesländer notwendig sei. Zugleich könne die Energiewende nur gemeinsam mit den Kommunen im ländlichen Raum erfolgreich gelingen, wobei es zusätzlich

Engpässe in den Energienetzen zu bewältigen gelte, gab Reinhart zu bedenken, der auf die landesweite Spitzenstellung des Main-Tauber-Kreises bei der Erzeugung von Erneuerbaren Energien hinwies.

„Die Herausforderungen erfordern eine ganzheitliche Lösung“, erklärte Martin Konermann eingangs seines Vortrags unter dem Titel „Energiewende in der Praxis“. Die Energie-, Wärme- und Mobilitätswende finde sowohl im Verteilernetz als auch bei jedem Einzelnen zuhause statt. Daher sei ein Aufbau der erforderlichen Infrastruktur eine dringende Gemeinschaftsaufgabe. Dafür brauche es die Zusammenarbeit von Privatpersonen, Mittelstand, Politik, Handwerk und Industrie sowie Energiebetreibern und -unternehmen.

„Die Netze BW sind bereits mit verschiedenen Planungen, Projekten, Dienstleistungen, Initiativen und Maßnahmen zu Gange, den Ausbau und das Wachstum des Energieversorgungsnetzes systematisch immer weiter auch im Main-Tauber-Kreis voranzubringen. Zum Beispiel investieren wir im zweistelligen Millionen-Euro-Bereich aktuell acht Bauprojekte im Main-Tauber-Kreis in Umschaltwerke zur Verstärkung der Stromnetze“, resümierte Konermann, ehe sich eine kurzweilige Diskussionsrunde an den Vortrag anschloss. ■

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL
(Kreisvorsitzender),
wolfgang.reinhart@cdu.landtag-bw.de

Natursteine
für Haus, Hof und Garten

Trockenmauersteine • Blöcke • Findlinge
Splitte • Pflaster • Platten • Steinkörbe
Quellsteine • Brunnen • Steinfiguren

FelsWERK
ZIMMERMANN

100 Jahre 1921 - 2021
ZIMMERMANN
KALK- UND SCHOTTERWERK

Gebr. Zimmermann GmbH • Kalk- u. Schotterwerk • Am Kalkwerk 95 • 71665 Vaih.-Roßwag • Tel. 0 70 42 / 82 43 - 34 • Fax 0 70 42 / 82 43 - 20
www.felswerk.de

„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

„... der Mittelstand in Baden-Württemberg in der Gesellschaft eine tragende Säule ist und auch bleiben soll.“



Tamara Epple
Bankkauffrau - Finanzassistentin
und Diplom Finanzwirtin
MIT Ostalb

Tamara Epple (42) lebt mit ihrer Familie im Nördlinger Ries. Ihr Ehemann ist Geschäftsführer eines mittelständischen Betriebes.

Nach erfolgreichem Abschluss zur Bankkauffrau-Finanzassistentin folgte das Studium zur Diplom Finanzwirtin beim Land Baden-Württemberg. Nach einigen Jahren in der freien Wirtschaft zog es sie 2014 zurück in die Finanzverwaltung BW. Bereits seit 1998 ist Sie politisch engagiert. So war sie 11 Jahre im Vorstandsteam bei der CDU Herrenberg. 2021 übernahm sie den Vorsitz der CDU Kirchheim a. Ries. Im September 2023 wurde sie zur Beisitzerin im Kreisvorstand der CDU Ostalb gewählt. Nebenbei engagiert sich die Mutter einer 5 jährigen Tochter im Elternbeirat und in der Frauen Union und kandidiert nun für den Gemeinderat und den Kreistag. Ihr wichtigstes Credo: sich aktiv einbringen statt nur darüber zu reden ■

tpihan@gmx.de

„... der Mittelstand eine Entscheidende Rolle in der Wirtschaft spielt und der Zusammenhalt innerhalb des Mittelstands wichtiger ist als je zuvor, um gemeinsame Ziele zu erreichen und sich gegenseitig zu unterstützen.“



Susanne Stefanie Gminder
Kauffrau für Bürokommunikation /
Gründerin und Inhaberin
MIT Göppingen

2014 wagte Susanne Stefanie Gminder (44) den Schritt in die Selbstständigkeit. Ihr Schwerpunkt liegt im Bereich der Lohnabfüllung, wo sie mit Leidenschaft und Fachwissen überzeugt. Als Unternehmerin hat sie sich mit ihrem Team stets weiterentwickelt und den Maschinenpark erweitert. So konnte sie Kunden aus der Kosmetik- und Nahrungsergänzungsmittelbranche gewinnen. Im Jahr 2022 wurde ihr durch die Mitgliedschaft bei den Wirtschaftsunioren Deutschland ein Besuch im Bundestag ermöglicht. Dort durfte sie eine Woche lang

einen Bundestagsabgeordneten der CDU begleiten, was ihr Interesse an Politik geweckt hat, und nun ist sie Kandidatin für den Kreistag im Landkreis Göppingen. In ihrer Freizeit ist sie am liebsten mit ihrem Fahrrad und ihren Freunden unterwegs und hat Spaß daran, fremde Kulturen kennen zu lernen. ■

com.pack.t

susanne.gminder@com-pack-t.de

DERICHS WEILER

UMZÜGE LAGERUNG SERVICES

Kolumbusstr. 13 • 71063 Sindelfingen
Telefon: 07031 81 70 8-0
info@derichsweiler.com
www.dericshsweiler.com

MIT-Landesvorstand bei der Unity-Expo 2024 in Stuttgart



Bernd Ramakers (UNITI) mit dem MIT Landesvorstand

Die „UNITI expo“ ist die europäische Leitmesse der Tankstellen- und Carwash-Branche und wird alle zwei Jahre in den Hallen der Messe Stuttgart veranstaltet. Von führenden Branchenakteuren bis hin zu innovativen Start-up-Unternehmen präsentierten die Aussteller vom 14. bis 16. Mai dieses Jahres bahnbrechende Lösungen und Technologien zur Gestaltung der Zukunft und bereiteten so ein eindrucksvolles und wirkungsvolles Ambiente zur zukünftigen Entwicklung der Branche. Auf über 40.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche wurden in den Themenbereichen „Technologie, Zahlung & Logistik“, „Carwash & Carcare“, „Mineralölunternehmen



Bildnachweis: Andreas Röppe – eFuels-forum GmbH

Bildnachweis: Toni Hasselmann, PHOTOGRAPHY

& Mineralölhandel“ und „Shop & Convenience“ dem Publikum neue wegweisende Produkte und Dienstleistungen präsentiert. Zusätzlich gab es diesmal ein neues Themen-Highlight: die Future Mobility Lounge. Sie ermöglichte es den Teilnehmern, die neuesten Lösungen rund um alternative Kraftstoffe und die Mobilität von Morgen auf einer Fläche von über 1.000 m² zu entdecken.

Informationsrundgang der Landes-MIT

Am 16. Mai wurde unser MIT-Landesverband vom „UNITI Bundesverband Energie Mittelstand e.V.“ zum Messebesuch und Informationsaustausch eingeladen. Diese Branchenorganisation repräsentiert in Deutschland rund 90 % des mittelständischen Energiehandels und bündelt die Kompetenzen bei Kraftstoffen, Brennstoffen sowie Schmierstoffen, wie sie in ihrem Internetauftritt darlegt. Mit etwa 1.000 Verbandsmitgliedern, meist Mittelständlern und etwa 80.000 Mitarbeitern, erwirtschaften die UNITI-Unternehmen einen jährlichen Gesamtumsatz von rund 80 Milliarden Euro, was ihre wirtschaftliche Bedeutung, vor allem für Deutschland, nachhaltig untermauert.



Bernd Ramakers (UNITI) empfängt die MIT-Landesvorstandsmitglieder

In einem exklusiven Messerundgang führte der Leiter Landespolitik, Bernd Ramakers, die MIT-Delegation in eine interessante Zukunftsdiskussion mit dem Schwerpunkt Mobilität ein. Denn dieses Thema ist gesellschaftspolitisch aufgeladen, weil schon heute abzusehen ist, dass mit großer Wahrscheinlichkeit das im Ampel-Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel von 15 Millionen vollelektrisch betriebener PKWs im Jahr 2030 nicht erreicht werden kann. Sowohl der Absatz von E-Autos als auch der dafür unbedingt notwendige Ausbau der landes- und europaweiten Ladeinfrastruktur, sowie die nicht ausreichenden Speicherkapazitäten für den dafür vorgesehen regenerativ erzeugten Strom hinken einer ideologisch ausgerichteten Erwartungshaltung der amtierenden Bundesregierung schon jetzt erkennbar hinterher. Diese einseitige Bevorzugung der rein elektrischen Antriebe wirkt sich nicht nur auf individuelle Mobilität aus, sie beeinflusst schwerpunktmäßig auch den LKW- und Omnibusverkehr-, sowie den Schiff-



Dominik Hellriegel (UNITI) gibt einen Überblick über die synthetischen Kraftstoffe

und Flugverkehr, wo sich der rein elektrische Antrieb nach heutigen Erkenntnissen nur sehr schwer verwirklichen lässt. Zusammen mit der radikal angegangenen Heizungswende wird damit unsere soziale Marktwirtschaft vor eine große Herausforderung gestellt, die ohne den Einsatz von sogenannten E-Fuels nur sehr schwer zu meistern ist.

E-Fuels unterstützen die Dekarbonisierung und verringern wirtschaftliche Abhängigkeiten

E-Fuels sind CO₂-neutrale flüssige Kraftstoffe, wie z. B. Diesel oder Benzin. Sie werden mit grünem Strom aus Wasserstoff und Kohlendioxid hergestellt und können in allen Transport-

Z . B . F O R M E L 1

WIR FAHREN MIT UM PLATZ 1

Dichtungen für höchste Anforderungen und extreme Betriebsbedingungen

GFD · Gesellschaft für Dichtungstechnik mbH
Hofwiesenstr. 7 · D-74336 Brackenheim
Telefon (0 71 35) 95 11-0 · Fax 95 11-11
info@gfd-dichtungen.de · www.gfd-dichtungen.de

© wab.Bruder



mitteln, Maschinen und Heizungsanlagen, die konventionelle Verbrennungstechnik benutzen, ohne wesentliche technische Änderungen eingesetzt werden. Auch der Einsatz als Rohölersatz in der chemischen Industrie funktioniert weitestgehend problemlos. Schon heute sind diese synthetischen Kraftstoffe am Markt in kleineren Mengen erhältlich und können ab Mitte des Jahrzehnts in größeren Mengen auch für die Endverbraucher zur Verfügung stehen – und dabei preislich mit anderen regenerativen Energiequellen durchaus mithalten. Gerade deshalb können sie einen wesentlichen Beitrag zur Defossilisierung des gesamten Verkehrssektors, der Industrie und des Wärme markts leisten und zusätzlich die Akzeptanz in der Bevölkerung für die tiefgreifenden Maßnahmen zur Neugestaltung unserer Energieversorgung erhöhen. E-Fuels bieten auch einen großen wirtschaftlichen Bestandsschutz in die bereits existierende und funktionierende Energieinfrastruktur, die sich für die Kraft- und Brennstoff-Verteilung ohne große Zusatzinvestitionen nutzen lässt. Zudem wird unsere Sicherheit in der Energieversorgung nachhaltig gesteigert, indem die Abhängigkeit von einer derzeit anvisierten monostrukturierten Elektroenergiewirtschaft – die womöglich auch noch die Rohstoffabhängigkeit Deutschlands und Europas von China erhöht – verringert wird.

E-Fuels erhalten unseren Wirtschaftsstandort

Laut UN und den Berechnungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft in Köln nimmt Deutschland heute bei den E-Fuels-Technologien weltweit eine Spitzenposition ein. Aufgrund des weltweiten Nachfragepotenzials ist zu erwarten, dass der internationale Wettlauf zunehmen wird, weil die Klimabeschlüsse und der weltweit steigende Energiebedarf die globale Nachfrage nach CO₂-neutralen E-Fuels erhöhen wird. Dass dieser Technologievorsprung erhalten bleiben sollte, liegt auf der Hand, denn laut der Statistikdatenbank Destatis und dem IW Köln lässt sich aus dieser Spitzenstellung eine zusätzliche wirtschaftliche Wertschöpfung von 36,4 Milliarden Euro entwickeln, die zu einer Erhöhung des deutschen Bruttoinlandproduktes um beachtliche 1,1 Prozent führen kann und rund 470.000 neue innovative Arbeitsplätze – vor allem im mittelständischen Bereich – schaffen kann.



Sven Schökel (efuels-forum) stellt einen MINI vor, welcher seit 2021 mit synthetischem Kraftstoff fährt

Bauunternehmung

Straßen- und Tiefbau
Asphaltbau
Erd- und Deponiebau
Ingenieurbau
Hochwasserschutz

Kanaltechnik

Robotersanierung
Inliner-Technik
Kurzliner-Technik
Schachtsanierung
Kanalinspektion

Gipsbau

Außenputz
Innenputz
Wärmedämmung
Trockenbau
Gerüstbau



Carl-Zeiss-Str. 79
73431 Aalen
www.rossaro.de

Tel. 0 73 61 / 94 80 – 0
Fax 0 73 61 / 94 80 – 20
info@rossaro.de

Dem großflächigen Einsatz der E-Fuels steht praktisch nichts mehr im Wege. Das beste Beispiel ist die Einführung des Recycling-Kraftstoffs HVO100, der eine bis zu 90 Prozent geringere Treibhausgasbilanz als fossiler Diesel aufweist. Als regenerativer Biodieselmotorkraftstoff ist er mittlerweile praxiserprobt, im industriellen Maßstab bereits verfügbar und für viele Dieselfahrzeuge geeignet. Damit könnten bereits heute die CO₂-Emissionen zahlreicher Dieselfahrzeugflotten dauerhaft, nachhaltig und kosteneffizient gesenkt werden. Die regulatorischen Hürden für die Abgabe dieses Kraftstoffs sind bereits genommen: Am 22.03.2024 hat der Bundesrat seine Zustimmung zur Zulassung klimaschonender Dieselmotorkraftstoffe erteilt, wodurch voraussichtlich ab Frühjahr 2024 HVO100 an deutschen Tankstellen, wie jetzt schon in den Niederlanden, Österreich, Italien und in den skandinavischen Ländern, getankt werden kann. Allein die dazu dringend benötigte Unterschrift des Bundespräsidenten steht derzeit noch aus.



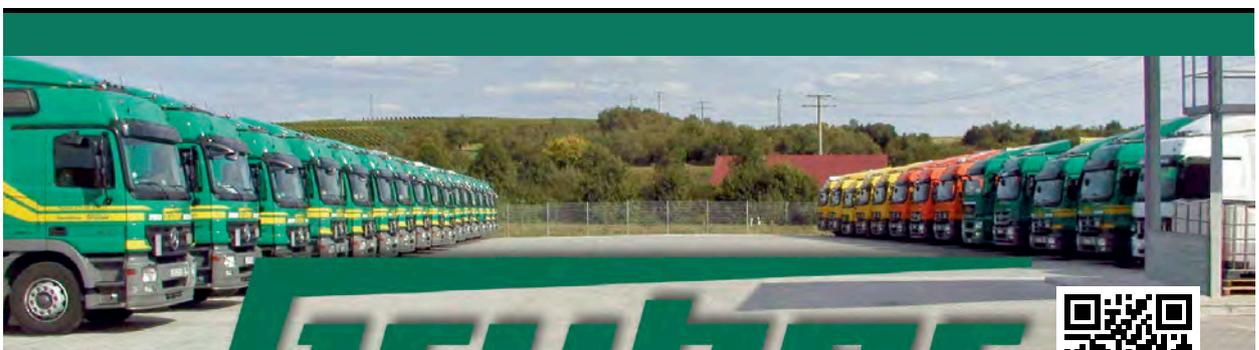
Die Politik muss handeln

Die volkswirtschaftlichen Vorteile von E-Fuels liegen auf der Hand. Sie erhalten Deutschlands Technologieführerschaft bei ihrer Herstellung und fördern weitere Innovationen in diesem Bereich. Sie erhalten und sie schaffen Arbeitsplätze in einem vorwiegend mittelständischen Wirtschaftssektor, der nachhaltig für unseren Wohlstand sorgt. Sie unterstützt die nötige Wende in der Klimapolitik ohne die Bevölkerung dabei auf der Strecke stehen zu lassen. Die Politik, und das ist auch das Anliegen der baden-württembergischen Mittelstandsunion, muss endlich die Rahmenbedingungen auf nationaler und EU-Ebene für den innovativen Einsatz von E-Fuels festlegen, damit die nötigen Investitionen wirtschaftlich nachhaltig getätigt werden können. ■

Dietrich Eberhardt
dietrich.eberhardt@itrc.de



Dr. Tobias Block in der Diskussion mit dem Landesvorstand



IHRE SPEDITION IN STEINHEIM

Telefon 07144 8707-0 · info@gruber-steinheim.de · www.gruber-steinheim.de



Bilanz der MIT zum 36. Parteitag der CDU Deutschlands

Der 36. Parteitag der CDU Deutschlands ist mit einem starken Signal der personellen Geschlossenheit, der inhaltlichen Profilierung und des Bekenntnisses zur Europäischen Union zu Ende gegangen. Höhepunkt war die einstimmige Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms.

Auch die MIT kann bei diesem Parteitag viele Erfolge verbuchen.

Die Höhepunkte kurz zusammengefasst:

Grundsatzprogramm

Viele Impulse der MIT sind bei der Erarbeitung des Grundsatzprogramms wie auch bei den Beratungen auf dem Bundespartei-



tag in das Grundsatzprogramm eingeflossen. Dazu zählen u. a.:

- Bekenntnis zur Option Kernkraft und zur Erforschung von Kernkraftwerken der vierten und fünften Generation sowie von Fusionskraftwerken.
- Ergänzung des Opt-out bei der verpflichtenden kapitalgedeckten Altersvorsorge. Dies soll es dort geben, „wo noch keine zusätzliche Vorsorge vorhanden ist.“
- Streichung der Einführung eines „Startkapitals“:

Nach einer intensiven Debatte und Redebeiträgen verschiedener MITler wurde auf Antrag der MIT die Forderung nach einem „Startkapital zur Vermögensbildung für neu geborene Kinder“ aus dem Grundsatzprogramm gestrichen. Zugleich haben Friedrich Merz und Carsten Linnemann angekündigt, eine Arbeitsgruppe einzusetzen. Dies soll für das Regierungsprogramm ein Konzept erarbeiten, wie mehr Eigentums- und Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand gelingen kann.

- Bekenntnis zu einer attraktiven Unternehmenssteuer und zum Schutz der Substanz in der Erbfolge.
- Verpflichtung auf einen marktwirtschaftlichen, technologieoffenen Ansatz beim Klimaschutz und zum Emissionshandel als Leitinstrument.
- Ergänzung des Klimageldkonzeptes um eine Entlastung der mittelständischen Wirtschaft aus den Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung.
- Bekenntnis zur Freiberuflichkeit und zum dualen System im Gesundheitswesen.
- Bekenntnis zur Freiheit und zum Schutz der Handelswege.
- Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung.
- Stärkung der dualen Ausbildung.
- Verankerung eines Staatsziels Ernährungssicherung.

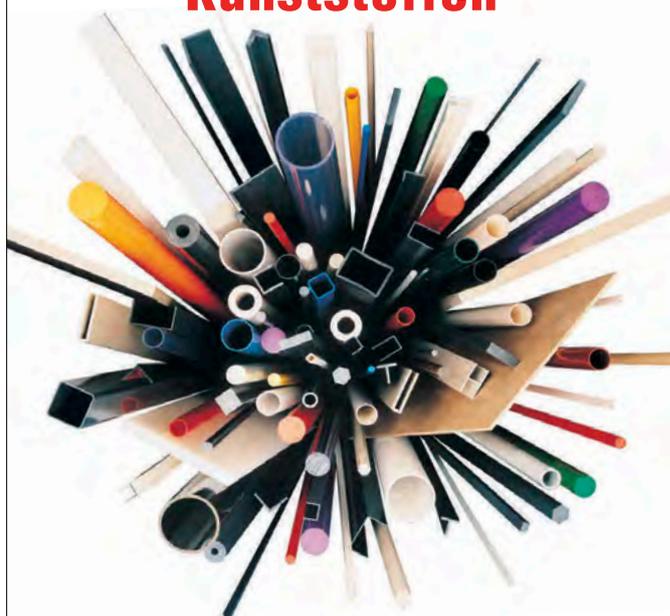
Dieser MIT-Antrag ist erst nach einer – u. a. von Gitta Connemann – leidenschaftlich geführten Debatte auf dem Bundesparteitag von den Delegierten in das Grundsatzprogramm aufgenommen worden.

- Bekenntnis zu einer nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft mit Planungssicherheit, ohne staatliche Feinsteuerung und mit einer Honorierung der Ökosystemleistungen

Sachanträge

Bei den von uns gestellten Sachanträgen ist der Bundesparteitag den Voten der Antragskommission ohne Debatte gefolgt.

Rohre, Stäbe, Profile aus thermoplastischen Kunststoffen



GEHR GmbH
Casterfeldstraße 172
D-68219 Mannheim
Telefon: 0621-87 89-0
Telefax: 0621-87 89-200

Folgende Sachanträge der MIT wurden vom Bundesparteitag beschlossen:

- Tragfähigkeitsbericht für die Sozialversicherungen (gemeinsamer Antrag mit Junge Union und Senioren Union)
- Forschungsstandort Deutschland stärken
- Finger weg vom GWB
- Fachkräfteeinwanderung durch Zeitarbeit
- Keine neuen Werbeverbote

Zudem ist ein von Gitta Connemann unterstützter Initiativantrag zur Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft verabschiedet worden.

Folgende Sachanträge der MIT wurden an den Generalsekretär oder die CDU/CSU-Bundestagsfraktion überwiesen:

- Bürokratisierung stoppen
- Verhältnismäßigkeit im Streikrecht wahren
- Volle Kraft für Kernkraft
- Strommarkt für Verbraucher und Wirtschaft stärken
- Innovationskraft des Mittelstands stärken
- Verwaltungsmodernisierung für den Mittelstand
- Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen sichern

Alle Beschlüsse werden in Kürze auf der Website der CDU bereitgestellt: Anträge und Beschlüsse | 36. Parteitag der CDU Deutschlands (cdu-parteitag.de)



kammerer[®]
Kompetenz in Gewindetechnik

Kammerer
Gewindetechnik
GmbH
In der Hausmatte 3
D-78132 Hornberg-
Niederwasser
Tel. 0 78 33 - 96 03-0

www.kammerer-gewinde.com

Wahlen zum Bundesvorstand

- Aus dem MIT-Bundesvorstand sind Ruth Baumann und Thomas Jarzombek in den CDU-Bundesvorstand gewählt worden. Herzlichen Glückwunsch!

Gitta Connemann ist in ihrer Funktion als MIT-Bundesvorsitzende ständiger Gast im CDU-Bundesvorstand.

- Darüber hinaus sind viele weitere Mitglieder des CDU-Präsidiums und
- Bundesvorstands MIT-Mitglieder, u. a. der Parteivorsitzende Friedrich Merz und Generalsekretär Carsten Linnemann.

Die MIT mit eigenem Stand beim Bundesparteitag

Wir waren wieder mit eigenem Stand beim Bundesparteitag präsent und konnten viele Spitzenpolitiker wie Friedrich Merz und Carsten Linnemann, sowie viele Delegierte bei uns begrüßen. Nebenbei konnten wir auch neue Mitglieder werben. ■

Fabian Wendenburg
mit-bund.de
info@mit-bund.de



Herzlichen
Glückwunsch

Wir gratulieren unserer Bezirksvorsitzenden Ruth Baumann zu ihrer Wiederwahl in den CDU-Bundesvorstand

Mahnung an die Politik



Johannes Dreher,
Dipl. Bankbetriebswirt, Unternehmens-
berater/ Leiter Portfoliomanagement

In meiner Kolumne im WIRTSCHAFTSforum möchte ich zunächst die grundlegenden Änderungsnotwendigkeiten aus meiner Sicht, als Berater von Unternehmern verschiedener Branchen, darstellen, um darauf aufbauend wiederum konkrete Forderungen und Wünsche an die Entscheidungsträger zu richten. Mein Dank gilt hierbei auch dem Kreisverbandsvorsitzenden, Emmendingen, Herrn Markus Reich, welcher mich als Mitglied der MIT gewinnen konnte und durch starkes Engagement versucht, diese wichtigen Grundlagen an die Politik heranzutragen.

Bürokratie, die hohe Steuer- und Abgabenlast und völlig ausufernde Regulatorik gefährden nicht nur das Wirtschaftssystem als Ganzes, sondern lasten vor allem auf den mittelständischen Unternehmen. Die erstaunlich hohe Anpassungsfähigkeit, mit welcher sich diese in den letzten Jahrzehnten gut behaupten konnten, dürfte bereits jetzt mehr als ausgereizt sein.

Unsere Mandantschaft, welche überwiegend aus kleineren mittelständischen Unternehmen besteht, hat teilweise die Hoffnung auf entscheidende politische Änderungen verloren. Regelmäßig wird die Frage gestellt, wie wir bei unternehmerischen Investitionsentscheidungen und privaten Kapitalanlagen auf diese Situation reagieren sollen. Volkswirtschaftlich sehe ich die deutsche Wettbewerbsfähigkeit, ohne

Grünemay & Abt
BÜROEINRICHTUNGEN
GRUENEMAY-ABT.DE

PRODUKTDISEIGN: VOLKER EYSING



interstuhl

GERMAN INNOVATION

VINTAGE^{IS5}
WELTNEUHEIT



systematische politische Änderungen, als nicht mehr gegeben an. Wir müssen jedoch zwischen der volkswirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und der Erfolgchance einzelner hiesiger Unternehmen und Investitionsmöglichkeiten unterscheiden. Je nach Branche sehen wir in Deutschland weiterhin gute Investitionsmöglichkeiten. Hier sind unter anderem die Branchen der Energieversorgung und Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie der soziale Bereich rund um das Thema Senioren und Pflege zu nennen. Auch nichtzyklische Unternehmen, welche nicht von einzelnen Branchen und Märkten abhängig sind, können sich aktuell als sehr wettbewerbsfähig erweisen. Dennoch sollten insbesondere private Kapitalanlagen gut durchdacht, mit Schwerpunkten in

wachstumsstärkeren Volkswirtschaften, global gestreut investiert werden.

Ansonsten bleibt lediglich zu hoffen, dass die politischen Entscheidungsträger noch rechtzeitig erkennen, dass die Planbarkeit, funktionierende Marktmechanismen und ein einigermaßen effizientes Handeln staatlicher Institutionen stets gewährleistet sein muss, wenn die Existenz unserer mittelständischen Unternehmen, als Rückgrat unseres Wohlstands, erhalten werden soll.

Zum Schluss noch eine Anmerkung zum Begriff des „Wohlstands“: Es geht dabei nicht darum, dass die Reichen immer reicher werden sollen oder sich jeder einen Sportwagen leisten kann. Der wegbrechende Wohlstand gefährdet vor

allem, neben einer gesunden Infrastruktur und historisch einmaligen Freizeitgestaltungen, auch das in Deutschland besonders gute Gesundheitssystem (trotz all seiner Fehler). Ohne den Wohlstand der letzten Jahre ist also eine vergleichsweise sehr gute ärztliche Versorgung oder Pflege nicht mehr darstellbar. Dieses Beispiel sollte die Wählerschaft hoffentlich aufrütteln, die aktuell völlig irreführend etikettierte „Sozialpolitik“, welche uns den Wohlstand kosten dürfte, zu überdenken. ■

Johannes Dreher,
johannes.dreher85@web.de,
gvs-consulting.de

Ihr Dienstleister in Mannheim für Tankzüge, Tank-Container und Silo

- Tankreinigung für chemische Produkte
- Tankreinigung für Lebensmittelprodukte*
- Tank-Container depot*
- Trucking Service
- Werkstatt*
- Tankstelle für Diesel & Ad-Blue

Öffnungszeiten

- Montag bis Freitag 06:00h bis 20:00h
- Samstag 07:00h bis 12:00h



MTR Mannheimer Tankwagenreinigung

Dietrich Ehrhardt GmbH

Franz Grashof Strasse 10 – 16

68199 Mannheim

Deutschland

Telefon +49 621 84 222 3-0

Telefax +49 621 84 222 323

info@mtr-mannheim.de

www.mtr-mannheim.de

* Floßwörth Straße 24

68199 Mannheim

Deutschland

Arbeitgeberfalle Probezeit- kündigung



Rechtsanwalt Reinmar Hagner, Fachanwalt für
Arbeitsrecht, Partner der Kanzlei SONNTAG

„Während der Probezeit kann stets ohne
Kündigungsgründe und ohne Abfindung
gekündigt werden“ – so die verbreitete An-
nahme. Doch ganz ohne rechtliche Fall-
stricke ist auch die Trennungssituation in
den ersten sechs Monaten eines Arbeits-
verhältnisses nicht. Dabei können auch
Fehler bei der Probezeitkündigung für den
Arbeitgeber sehr teuer werden.

1. Wartezeit (relevant für den Kündigungsschutz)

Bei der landläufig als Probezeitkündigung
bezeichneten Kündigung handelt es sich
genau genommen um eine „Wartezeit-
kündigung“. Als Wartezeit bezeichnet man
die ersten sechs Monate ab Beginn des
Arbeitsverhältnisses. Wenn die Kündigung
dem Mitarbeiter noch spätestens inner-
halb dieser Zeit zugeht, besteht noch kein
allgemeiner Kündigungsschutz nach dem
Kündigungsschutzgesetz. Die Kündigung
muss daher nicht die hohen Anforderungen
für die gesetzlichen Kündigungsgründe
(verhaltens-, personen- oder betriebs-
bedingt) erfüllen.

2. Probezeit (relevant für die Kündigungsfrist)

Die häufig im Arbeitsvertrag vereinbarte
(längstens sechsmonatige) Probezeit ist
davon zu unterscheiden. Diese hat nur Aus-
wirkung auf die Dauer der Kündigungsfrist.
Ist eine Probezeit vereinbart, gilt nach §
622 Abs. 3 BGB eine verkürzte Kündigungs-
frist von zwei Wochen. Achtung bei be-
fristeten Arbeitsverhältnissen: Hier ist die
Probezeit nur wirksam vereinbart, wenn
sie in einem angemessenen Verhältnis zur
Befristungsdauer und Art der Tätigkeit
steht (§ 15 Abs. 3 TzBfG). Als Faustformel
kann eine Probezeit vereinbart werden, die
längstens 1/3 der Befristungsdauer nicht
überschreitet.

3. Minimalschutz auch in der Wartezeit

Auch wenn für die Kündigung in der Warte-
zeit keine besonderen Gründe erforderlich
sind, darf die Kündigung nicht willkürlich
oder sittenwidrig sein. Verboten ist hier-
nach etwa eine Kündigung, die gegen
gesetzliche Diskriminierungsverbote

Hitzefrei!

Liquisol

Diese speziell entwickelte Flüssigkeit ist der ideale Sonnenschutz auf Kunststoffoberflächen, wie z. B. **Lichtkuppeln, Pergola- oder Wintergardendächern, Lichtbänder oder auf rauhen Glasoberflächen**. Wie bei unseren Sonnenschutzfolien wird auch mit Liquisol ein effektiver Hitze- und Blendschutz erzielt.

Weitere Informationen unter:
www.audax-hitzeschutz.de

AUDAX AUDAX-Keck GmbH
75365 Calw
Tel. 0 70 51/16 25-0

(insbesondere des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes) verstößt oder eine verbotene Repressalie gegenüber einem Hinweisgeber (eng.: *Whistleblower*) nach dem Hinweisgeberschutzgesetz darstellt.

So hat das Arbeitsgericht Köln (Urteil vom 20. Dezember 2023, Az. 18 Ca 3954/23) kürzlich die Kündigung eines Schwerbehinderten für unwirksam erklärt, weil der Arbeitgeber in der Wartezeit kein Präventionsverfahren (§ 167 Abs. 1 SGB IX) durchgeführt hatte. Damit stellt sich das Arbeitsgericht Köln zwar gegen die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts, bezieht sich jedoch auf jüngere Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs. Die weitere Entwicklung der Rechtsprechung bleibt damit zwar abzuwarten, im Zweifel muss Arbeitgebern derzeit aber zur erheblichen Vorsicht geraten werden.

4. Betriebsratsanhörung

Besteht ein Betriebsrat, muss dieser auch vor der Kündigung in der Wartezeit zwingend angehört werden (§ 102 BetrVG). Der Arbeitgeber hat dabei die aus seiner Sicht tragenden Umstände für den Kündigungsentschluss mitzuteilen, auch wenn die Gründe nicht den hohen Anforderungen des Kündigungsschutzgesetzes Stand halten müssen.

Stützt der Arbeitgeber die Kündigung auf objektive Tatsachen, muss er diese mitteilen. Stützt er sich dagegen lediglich auf (subjektive) Werturteile, können diese zwar naturgemäß nicht näher belegt werden. Gleichwohl ist die Anhörung zwingend und muss die subjektive Einschätzung enthalten, die den Arbeitgeber zur Kündigung bewegt. In einem solchen Fall kann es aber ausreichend sein, wenn der Arbeitgeber angibt, der Arbeitnehmer „genüge nach seiner allgemeinen, subjektiven Einschätzung seinen Anforderungen nicht“ oder „habe sich während der Probezeit nicht bewährt“. Dieses Werturteil muss in der Anhörung nicht weiter begründet werden.

5. Rechtsfolge bei Fehlern

Verstöße gegen die vorstehenden Anforderungen können die Kündigung unwirksam und den Ausspruch einer erneuten Kündigung erforderlich machen. Problematisch hieran ist insbesondere, wenn der Arbeitgeber seinen Fehler erst „zu spät“ bemerkt. Denn unter Umständen ist die sechsmonatige Wartezeit bei Nachholung der Kündigung dann bereits abgelaufen und das Arbeitsverhältnis unterliegt nunmehr dem allgemeinen Kündigungsschutz, womit es gegebenenfalls nicht mehr oder nur durch Zahlung einer Abfindung beendet werden kann.

6. Weiterführender Praxistipp: Probezeitverlängerung

Sollte sich der Arbeitgeber zum Ablauf der sechsmonatigen Probezeit noch nicht sicher sein, ob der Arbeitnehmer wirklich endgültig „an Bord geholt“ werden soll, gilt es zu beachten, dass eine Verlängerung der Wartezeit nicht möglich ist.

Nach der Rechtsprechung kann jedoch die Bewährungszeit ohne das Eingreifen des allgemeinen Kündigungsschutzes im Einzelfall über sechs Monate hinaus verlängert werden, indem noch während der Wartezeit eine Kündigung mit überschaubar verlängerter Kündigungsfrist ausgesprochen bzw. ein entsprechender Aufhebungsvertrag abgeschlossen und zugleich für den Fall der Bewährung eine Wiedereinstellung in Aussicht gestellt wird.

Bitte beachten Sie, dass es sich bei den vorstehenden Ausführungen um vereinfachte allgemeine Hinweise zur Rechtslage handelt, die besondere Aspekte des Einzelfalls – etwa die Anwendbarkeit von Tarifverträgen etc. – nicht berücksichtigen. Gerne stehen Ihnen die Ansprechpartner unserer Kanzlei im jeweiligen Einzelfall zur Verfügung. ■

RA Reinmar Hagner,
ukm@sonntag-partner.de,
sonntag-partner.de

Als einer der großen Komplettanbieter in Süddeutschland entwickeln wir Superkräfte rundum Neubau, Sanierung und Wartung Ihrer Gebäudehülle. Mehr dazu im Internet:

www.gebrueder-rueckert.de

FLACHDACH. FASSADE.
PHOTOVOLTAIK. FANTASTISCH.



GEBRÜDER RÜCKERT

Zeitbombe oder Zugpferd?

Stahl-Transformation und Mittelstand

Elektrolichtbogenofen in Georgsmarienhütte

Um den Klimawandel zu bremsen, hat die Politik ehrgeizige Ziele gesteckt. Für die Stahlindustrie bedeuten sie den Abschied vom Hochofen und den Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft. Mit den Großunternehmen der Stahlproduktion ist ein weitverzweigtes Netzwerk verbunden, zu dem viele mittelständische Firmen gehören. Ihre Zukunft und ein beträchtlicher Teil der nationalen Bruttowertschöpfung hängen vom Gelingen der Transformation ab.

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl hat gerade mal 44 Mitglieder. Trotz einiger bekannter Namen gehören die Stahlproduzenten nicht zu den ganz Großen im Land, keiner von ihnen ist im DAX vertreten. Doch der Anschein von Zweiter Liga täuscht. Gemeinsam mit seinem Netzwerk aus Zulieferern und Abnehmern erwirtschaftet der Verbund der Stahlindustrie mit 1,7 Billionen Euro fast ein Viertel des gesamten inländischen Produktionswerts und 17 Prozent zur Wertschöpfung. Zudem

stellt er 5,5 Millionen oder 12 Prozent der Arbeitsplätze, wie aktuelle Zahlen aus der Stahlwirtschaft zeigen.

Weit verzweigtes Netzwerk mit hohem KMU-Anteil

Viele Erzeugnisse, mit denen Deutschland auf dem Weltmarkt glänzt, sind ausgesprochen stahlintensiv. So beträgt der



Zsolt Pekker,
Inhaber des Redaktionsbüros Klartext: von Pekker!



Stahlanteil am Wert der Endprodukte im Maschinenbau 10 Prozent, bei Autos 8 Prozent, und selbst in der Chemie sind es noch 5 Prozent. Ein großer Teil dieser Produkte stammt aus kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Sie genießen im Netzwerk der Stahlindustrie einen Produktionswert von 424 Milliarden Euro!

Diese enorme Leistung hat neben der hohen Qualität der einheimischen Stahlprodukte auch viel mit der regional verzweigten Netzwerkstruktur des Stahlverbands zu tun. Die Wege zwischen seinen Mitgliedern sind kurz, die Kommunikation direkt. Ein ständiger Austausch unter den Ingenieuren und mit den Wissenschaftlern der zahlreichen Technischen Universitäten befördert die Innovation.

Die einheimischen Stahlunternehmen sind die Ankerpunkte dieses Netzwerks. Sie haben bereits massiv in die Transformation investiert; die Technologie dafür gibt es schon: Statt mit Kohle im Hochofen, kann man aus dem Eisenerz den Rohstahl auch mit Wasserstoff in der Direktreduktionsanlage gewinnen. Für die Veredelung gibt es den bewährten Elektrolichtbogenofen. Mit Strom aus erneuerbaren – oder atomaren – Quellen sowie grünem Wasserstoff lässt sich Stahl schon heute praktisch ohne CO₂-Ausstoß herstellen.

Voraussetzungen für grüne Stahlwirtschaft

Das ist allerdings deutlich teurer als im herkömmlichen Prozess. Damit grüner

Stahl sich rechnet, müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein. Neue Elektrolichtbogenöfen und die Elektrolyseure für die Wasserstoffgewinnung brauchen große Mengen zusätzlichen Stroms, der natürlich aus erneuerbaren Quellen stammen muss. Zudem werden gut ausgebaute Verteilernetze gebraucht. 2023 war in Deutschland jedoch nur die Hälfte der geplanten Windenergie (6,38 statt 12,84 Gigawatt) installiert. Der Netzausbau hinkt um sieben Jahre und 6000 Kilometer Leitung hinterher. Von den Elektrolyseuren, die in sechs Jahren Wasserstoff mit einem Energiegehalt von 10 Gigawatt liefern sollen, war letztes Jahr nicht einmal ein Prozent installiert. Außerdem werden stabile ökonomische Rahmenbedingungen benötigt, damit privates Kapital fließt. Energie und Wasserstoff müssen nicht nur in ausreichender Menge, sondern auch zu bezahlbaren Preisen verfügbar sein. „Graue“ Konkurrenzprodukte aus Ländern mit weniger strengen Regeln dürfen den grünen Stahl nicht vom Markt verdrängen.

Wo werden wir 2035 stehen?

In Expertenkreisen werden zwei Zukunftsszenarien mit dem Zeithorizont 2030/35 gegenübergestellt. Bei einem Scheitern des Umbaus droht das Schicksal des Rust Belt der USA. Dort folgte auf den Niedergang der Stahlindustrie die wirtschaftlich-soziale Verödung einer ganzen Großregion mit mehreren Bundesstaaten. Die Gefahr eines solchen Scheiterns ist eine tickende Zeitbombe.

Gelingt dagegen der Wandel, ergeben sich große Chancen – weit über die Stahlindustrie hinaus. Deutschland hat das Potenzial, vorhandene technologische Spitzenpositionen weiter auszubauen und wirtschaftlich zu profitieren. Ein entscheidender Hebel ist der CO₂-Fußabdruck der stahlintensiven Endprodukte, von der Büroklammer bis zur Chemieanlage. Denn deren Hersteller brauchen grünen Stahl, um ihre eigenen Klimaziele zu erreichen. Als erfolgreicher Vorreiter der Dekarbonisierung könnte die deutsche Stahlindustrie hier sogar zum Zugpferd des erhofften „grünen Wachstums“ werden.

Politik muss handeln

Die Voraussetzungen dafür entstehen allerdings auf der politischen Ebene. Die Stahlproduzenten benennen hier unter anderem garantierte wettbewerbsfähige Preise für Energie und Ressourcen sowie den synchronisierten Ausbau der notwendigen Infrastruktur. Darüber hinaus sollen mithilfe öffentlicher Auftragsvergabe grüne Leitmärkte entstehen, geprägt von emissionsfreier Produktion und stofflicher Kreislaufwirtschaft.

Ganz entscheidend sind standardisierte Kriterien für die Qualifikation dekarbonisierter Produkte und Prozesse. Sie werden nicht nur für die öffentliche Vergabe, sondern auch für Investitionsentscheidungen der Privatwirtschaft benötigt. Last but not least: Die außenwirtschaftlichen Regelungen müssen das Mitmachen belohnen. In all diesen Punkten besteht dringender politischer Handlungsbedarf, Berlin und Brüssel müssen schnell liefern und die Zeitbombe entschärfen. Daran hängt die Zukunft der Stahlindustrie, vieler Mittelständler und der Volkswirtschaft. ■

Zsolt Pekker,
pekker@pekker.de,
pekker.de



STAHLBAU
INDUSTRIEBAU
GEWERBEBAU

**IDEEN
IN STAHL**

BÜHLER
STAHLBAU

Friedrich Bühler GmbH & Co. KG
info@buehler-stahlbau.de
www.buehler-stahlbau.de

➤ Ihr Partner für individuelle Lösungen im Industrie- und Gewerbebau.

Gegenwind Neckar-Alb übergibt mehr als 438.921 Einwendungen an den Regionalverband Neckar-Alb

Tonnenweise Post von Gegenwind Neckar-Alb

Am 11. April 2024 gegen 9:00 Uhr bekam der Regionalverband (RV) Neckar-Alb in Mössingen Besuch. Gegenwind Neckar-Alb ließ von einer Spedition einen großen LKW vorfahren, voll beladen mit Paletten.

Im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens 2024 des RV Neckar-Alb zur Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Neckar-Alb übergab Gegenwind Neckar-Alb 438.921 Einwendungsschreiben an Dr. Dirk Seidemann, den Direktor des RV Neckar-Alb.

Die Überraschung war gelungen und Andrea Schmitt, zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit im RV Neckar-Alb im Schwarzwälder Boten vom 24.04.2024: „Uns ist bisher kein Fall in Baden-Württemberg (Bad.-Württ.) bekannt, bei dem eine derart große Menge an Stellungnahmen eingegangen ist.“

Diese hohe Zahl an Einwendungen aus der breiten Mitte der Gesellschaft sollte allen politisch Verantwortlichen im Land ein Fingerzeig sein. Sehr viele Menschen wehren sich gegen den Angriff auf ihre Gesundheit und die sinnlose Zerstörung von Natur und Landschaft durch riesige Windindustrieanlagen.

Sieben Initiativen/Vereine haben sich im Februar 2024 zur Bürgerenergie Neckar-Alb zusammengetan, um ihre erheblichen Bedenken gegen die Regionalplanung vorzubringen.

Themen wie Gesundheitsgefährdung, Natur-, Arten-, Landschafts- und Grundwasserschutz, Flächenversiegelungen, Mikroplastik und die fehlende Wirtschaftlichkeit haben viele Bürgerinnen und Bürger überzeugt und sie daher zu dieser immensen Anzahl von Stellungnahmen veranlasst.

Zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit bei der Suche nach geeigneten Flächen für Windkraftanlagen geht der RV vom Windatlas Bad.-Württ. 2019 aus. Dessen Daten sind aber fehlerhaft, wie der Bericht Nr. 88 vom März 2023 des UPI Umwelt- und Prognoseinstituts aus Heidelberg (www.upi-institut.de) zeigt.

Die von den Windkraftanlagenbetreibern prognostizierten Stromerträge bei Anlagen im Wald werden oft deutlich zu hoch gegriffen. So waren die Ertragsprognosen der

CLAUS
GEBÄUDEREINIGUNG
— Meisterbetrieb seit 1947 —

SAUBER geht's besser!

 Bau-Reinigung	 Fassaden-Reinigung	 Glas-Reinigung	 Unterhalts-Reinigung	 Jalousien-Reinigung
 Schwimmbad-Reinigung	 Kehrwochen-Reinigung	 Teppichboden-Reinigung	 Winterdienste / Parkflächenreinigung	 Reinigung Photovoltaik- und Solaranlagen

Claus Gebäudereinigung GmbH & Co. KG · Vaihinger Str. 31 · 71063 Sindelfingen
Tel.: 07031-814792 · info@claus-gebaeudereinigung.de · www.claus-gebaeudereinigung.de

Windparks Goldboden um 71%, Lauterstein um 56% und Blaufelden-Langenburg um 57% zu hoch. Das UPI hält die Windenergiepolitik in Bad.-Württ. zudem für ökologisch nicht zielführend.

Tichys Einblick berichtet am 11.12.2023 über eine wundersame Windvermehrung, die die Autoren Prof. Dr. Michael Thorwart, Jörg Saur und Willy Fritz festgestellt haben (www.tichyseinblick.de/feuilleton/glosse/regierung-wind-das-himmliche-kind).

Die Autoren haben den Windatlas Bad.-Württ. mit dem aus Bayern entlang der gemeinsamen Landesgrenze verglichen. Ergebnis: Die Versprechungen zum Stromertrag für die gleichen Städte sind in Bad.-Württ. im Vergleich zu Bayern zwischen 100% bis 150% zu hoch. Die Autoren raten davon ab, den Windatlas Bad.-Württ. als Planungsgrundlage zu nehmen.

Die gegenwärtig geplante Energiewende ist zum Scheitern verurteilt, so der Bundesrechnungshof (BRH) in seiner Pressemitteilung vom 07.03.2024 zum Sonderbericht zur Umsetzung der Energiewende im Hinblick



Men at Work

auf die Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit der Stromversorgung (www.bundesrechnungshof.de).

„Die Energiewende ist nicht auf Kurs. Die Energieversorgung soll sicher, bezahlbar und umweltverträglich sein (§ 1 EnWG). Aktuell hält der BRH für den Bereich Strom fest: Die sichere Versorgung ist gefährdet, der Strom teuer, während die Bundesregierung die Auswirkungen der Energiewende auf Landschaft, Natur und Umwelt nicht umfassend bewerten kann“, sagte Scheller.

Der BRH spricht bei Solar- und Windenergie von einer geringen gesicherten Leistung. Er nennt 0% bei Solar- und 6% bei Windenergie. Zum Vergleich: 89% sind es bei konventioneller Energie. Solar- und Windenergie sind einfach nicht grundlastfähig.

Für eine in Zukunft gesicherte Stromerzeugung sind zwischen 30 bis 40 neue Gaskraftwerke notwendig sowie ein enormer Netzausbau erforderlich. Die Investitionen werden sich auf viele hundert Milliarden Euro belaufen. Woher das Geld kommen soll und wann es losgehen wird, ist nicht bekannt.

Die deutsche Wirtschaft steckt in einer strukturellen Krise. Eine der Ursachen: Die hohen Energiekosten, insbesondere im Vergleich zu anderen Industrieländern.

Das gefährdet den Industriestandort Deutschland.

Gerne wird von der Politik behauptet, Sonne und Wind schicken keine Rechnung. Das ist ein Ammenmärchen, wie eine jüngst veröffentlichte Studie der Wirtschaftsweisen Veronika Grimm zeigt, die sie zusammen mit den Forschern Leon Oechsle und Gregor Zöttl von der Universität Erlangen erstellt hat.

Unter Berücksichtigung aller Kosten mit Backup-Systemen und komplementären Technologien kommen die Forscher für ein Industrieunternehmen mit einer 24-Stunden-Produktion auf einen Preis von 36,28 Cent pro Kilowattstunde. Fazit der Forscher: „Entweder wird ein Industriestrompreis zu einer kostspieligen Dauersubvention oder Teile der Industrie wandern aufgrund der hohen Strompreise aus Deutschland ab.“

Beide Varianten gefährden unseren Wohlstand und ohne Wohlstand gibt es keinen Sozialstaat. ■

[Hansjörg Jung,](#)
[Herbert Bitsch,](#)
mit-boeblingen.de



**TRESORE FÜR PRIVAT UND GEWERBE
DIREKT VOM HERSTELLER**



Kärcher Tresorbau GmbH + Co. KG
Gmünder Str. 8, 75181 Pforzheim
Tel. (07231) 96 39 90 - 0
www.Kaercher-Tresorbau.de

Inserentenverzeichnis

Unternehmen in alphabetischer Reihenfolge

AUDAX-Keck GmbH
audax.de

Lothar Bix GmbH
bix-lackierungen.de

Burger Karl Maschinenbau GmbH + Co.
burger-maschinenbau.de

Friedrich Bühler GmbH & Co. KG
buehler-stahlbau.de

Claus Gebäudereinigung GmbH & Co. KG
claus-gebaeudereinigung.de

Derichsweller Umzüge Lagerung Service
GmbH & Co. KG
derichsweller.com

Dittes Oberflächentechnik GmbH
dittes.net

ELGO Electronic GmbH & Co.KG
elgo.de

EVO Informationssysteme GmbH
evo-solutions.com

Martin Fink GmbH & Co. KG
fink-plexiglas.de

Gaplatec GmbH
gaplatec.de

Gehr GmbH
gehr.de

Genthner GmbH System Technologie
genthner.com

GFD Gesellschaft für Dichtungstechnik
GmbH
gfd-dichtungen.de

S. Gruber GmbH & Co. Ges für Transport und
Lagerei KG
gruber-steinheim.de

Grünemay & Abt KG
gruenemay-abt.de

Gruner AG
gruner.de

Heim Infrastrukturbau GmbH
heim-live.de

Ätztechnik Herz GmbH & Co. KG
aetztechnik-herz.de

Hinz GmbH Maschinenbauteile
hinz-mbt.de

Karl Hipp GmbH
karl-hipp.de

IHB - Industrie- und Hydraulikbedarf GmbH
ihb-illingen.com

Industriebau Bönnigheim GmbH & Co.KG
ibb-boennigheim.de

Kammerer Gewindetechnik GmbH
kammerer-gewinde.com

Wilhelm Kächele GmbH
w-kaechele.de

Kärcher Tresorbau GmbH + Co. KG
kaercher-tresorbau.de

Kierdorf & Söhne GmbH
kierdorf-soehne.de

MTR-Mannheimer Tankwagenreinigung
Dietrich Erhardt GmbH
mtr-mannheim.de

Rossaro Bauunternehmung GmbH & Co. KG
rossaro.de

Gebrüder Rückert GmbH & Co. KG
gebrueder-rueckert.de

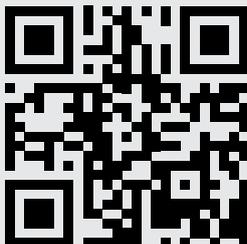
Sixt GmbH Werkzeugbau u. Stanzerei
sixt-gmbh.de

SÜDPACK VERPACKUNGEN SE & Co. KG
suedpack.com

UC Tools GmbH
uc-tools.de

Gebr. Zimmermann GmbH
felswerk.de

Hier geht es zur
www.mit-bw.de



Karl Burger Maschinenbau GmbH + Co.
Daniel-Weil-Str. 4 89143 Blaubeuren
Tel. 07344/6009 Fax 07344/3581
E-mail: info@Burger-Maschinenbau.de

MIT vor Ort

MIT Alb-Donau/Ulm

www.mit-alb-donau-ulm.de

MIT Baden-Baden/Rastatt

www.mittelstand-bad-ra.de

MIT Biberach

www.mit-bc.de

MIT Böblingen

www.mit-boeblingen.de

MIT Bodenseekreis

www.mit-bodenseekreis.de

MIT Breisgau-Hochschwarzwald

www.mit-breisgau-hochschwarzwald.de

MIT Calw/Freudenstadt

www.mit-cw-fds.de

MIT Emmendingen

www.mit-emmendingen.de

MIT Esslingen

www.mit-esslingen.de

MIT Freiburg

www.mit-freiburg.de

MIT Göppingen

www.mit-gp.de

MIT Heidelberg

www.mit-heidelberg.de

MIT Heidenheim**MIT Heilbronn**

www.mit-heilbronn.de

MIT Hohenlohe

www.mit-hohenlohe.de

MIT Karlsruhe

www.mit-karlsruhe.de

MIT Karlsruhe Land

www.mit-karlsruhe-land.de

MIT Konstanz

www.mit-konstanz.de

MIT Lörrach**MIT Ludwigsburg**

www.mit-ludwigsburg.de

MIT Main-Tauber-Kreis

www.mit-main-tauber.de

MIT Mannheim

www.mit-mannheim.de

MIT Neckar-Odenwald

www.mit-neckar-odenwald.de

MIT Ortenau

www.mit-ortenau.de

MIT Ostalb

www.mit-ostalb.de

MIT Pforzheim

www.mit-pforzheim.de

MIT Ravensburg

www.mit-ravensburg.de

MIT Rems-Murr

www.mit-remsmurr.de

MIT Reutlingen

www.cdu-kreis-reutlingen.de/vereinigungen

MIT Rhein-Neckar

www.mit-rhein-neckar.de

MIT Rottweil

www.mit-rottweil.de

MIT Schwarzwald-Baar

www.mitsbk.de

MIT Sigmaringen

www.mit-sigmaringen.de

MIT Stuttgart

www.mit-stuttgart.de

MIT Tübingen**MIT Tuttlingen****MIT Waldshut****MIT Zollernalb**

www.mit-zollernalb.de

MIT Nordbaden

www.mit-nordbaden.de

MIT Nordwürttemberg

www.mit-nordwuerttemberg.de

MIT Südbaden

www.mit-suedbaden.de

MIT Württemberg-Hohenzollern

www.mit-wueho.de

MIT Baden-Württemberg

www.mit-bw.de

MIT Bund

www.mit-bund.de

Impressum

Wirtschaftsforum – das Magazin der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg erscheint zehnmal im Jahr im Rahmen der Mitgliedschaft. Ist der Verlag durch höhere Gewalt, Streik und dergleichen an seiner Leistung verhindert, so besteht keine Ersatzpflicht für das Wirtschaftsforum.

Herausgegeben von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit der Kaan Verlag GmbH.

Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg (MIT)

Stammheimer Straße 10, 70806 Kornwestheim
Telefon 07154 8025-140,
wifo@mit-lvbw.de,
www.mit-bw.de

Auflage: 5.000 Exemplare für Mitglieder und Interessenten

Verlag und Vertrieb:

Kaan Verlag GmbH
Klosterstraße 12, 72514 Inzigkofen
Telefon 07571 7404-0
wifo@kaanmedia.de,
www.kaanmedia.de

Redaktion Wirtschaftsforum:

verantwortlich im Sinne des Presserechts
Ulla Müller-Eisenhardt (MIT BW)
wifo@mit-lvbw.de

Leitung Wirtschaftsforum:

Ulla Müller-Eisenhardt

Verantwortlicher Redakteur:

Achim Rieger (Kaan Verlag GmbH)

Druck:

Kaan Verlag GmbH
Klosterstraße 12, 72514 Inzigkofen
www.kaanverlag.de

Bildnachweise:

Diese Ausgabe verwendet Bilder von Pixabay, Pixelio, Adobe Stock und MIT Bund.

Aufnahmeantrag



Hiermit bitte ich um die Aufnahme in die Mittelstands- und Wirtschaftsunion.
Die grau hinterlegten Felder werden von der MIT ausgefüllt.

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Mitgliedsnummer	LV/KV	Kriterium
<input type="text"/>		<input type="text"/>
Name, Vorname		Geburtsdatum
<input type="text"/>		<input type="text"/>
Straße, Hausnummer		PLZ, Ort
<input type="text"/>		<input type="text"/>
E-Mail-Adresse		Telefon
<input type="text"/>		<input type="text"/>
Beruf		Firma
<input type="text"/>		<input type="text"/>
Berufliche Tätigkeit		Eintrittsdatum
<input type="text"/>		<input type="text"/>

Selbstständig Um unsere Beziehung zu Ihnen auf Sicherheit, Vertrauen und Nachhaltigkeit aufzubauen, bitten wir Sie, uns nachfolgendes Einverständnis zu geben:
 Nicht selbstständig
 CDU-Mitglied Ich bin mit der Erhebung, Speicherung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten sowie der besonderen Arten personenbezogener Daten (§ 3 Abs. 9 BDSG, z.B. politische Meinungen) einverstanden. Die Daten werden von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg, ihren Gliederungen für die Übersendung von Einladungen, Newsletter, Informationsmaterial und des Mitgliedermagazins – auch per E-Mail – genutzt. Eine sonstige Weitergabe an Dritte findet nicht statt. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen und Einladungen genutzt werden. Der Versand der Einladungen auf elektronischem Wege steht in diesem Fall dem Postweg gleich. Ihre persönlichen Daten werden nach Beendigung Ihrer Mitgliedschaft gemäß der gesetzlichen Bestimmungen gelöscht.
 Parteilos

Ich bestätige, kein Mitglied einer anderen Partei als der CDU/CSU zu sein.

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Unterschrift des Neumitglieds	Geworben von	Unterschrift des MIT-Kreisvorsitzenden

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die MIT, bis auf Widerruf meinen Jahresbeitrag und die einmalige Aufnahme spende von folgendem Konto abzubuchen:

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Name, Vorname des Kontoinhabers	Gläubiger-ID	BIC
<input type="text"/>		<input type="text"/>
Geldinstitut		IBAN
<input type="text"/>		<input type="text"/>
Die Aufnahme spende für meinen <input type="checkbox"/> Kreisverband <input type="checkbox"/> Landesverband <input type="checkbox"/> Bundesverband beträgt einmalig _____ €		Mein Mitgliedsbeitrag beträgt jährlich _____ € (Mindestbeitrag 90 €/Jahr. Der Mitgliedsbeitrag wird als Jahresbeitrag durch eine SEPA-Lastschrift eingezogen.)

Unterschrift Kontoinhaber

Jetzt Mitglied werden!

MIT im Dialog.

**Schreiben Sie uns
Ihre Meinung!**

**z. B. zu unseren Forderungen an die
Landesregierung, zur uns belastenden
Bürokratie und zu unseren Erwartungen
an die Wirtschaftspolitik!**

wifo@mit-lvbw.de

Hier geht es zur
www.mit-bw.de



MIT

MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSUNION
BADEN-WÜRTTEMBERG